Slogans als Spiegel — Wahlkampfrhetorik und Regierungsergebnisse 1949–2025

Christer Häberli — September 12, 2026

Eine quellenorientierte Analyse politischer Sprache, staatlicher Maßnahmen und messbarer Entwicklungen

Untersuchungszeitraum: Bundestagswahlen 1949 bis 2025
Ergebnisstichtag: 12. September 2026
Analytische Leitidee: Wahlkampfslogans werden neben ihrer üblichen Funktion als Wähleransprache probeweise als hypothetische Selbstbeschreibung staatlicher Macht gelesen. Diese Dekodierung ist eine sprachliche Prüfperspektive. Sie ist weder ein Nachweis politischer Absichten noch eine Aussage über Motive oder Kausalität.

Kurzüberblick

Diese Untersuchung stellt die dokumentierten Slogans der Bundestagswahlkämpfe von 1949 bis 2025 den jeweils zurechenbaren Regierungsergebnissen, gesetzlichen Maßnahmen und statistisch beobachtbaren Entwicklungen gegenüber. Sämtliche in der zugrunde liegenden Slogan-Sammlung aufgeführten Formulierungen werden berücksichtigt.

Die Analyse verwendet eine bewusst unkonventionelle Zusatzlesart: Ein Slogan wird nicht nur als Ansprache an Wahlberechtigte verstanden, sondern hypothetisch so gelesen, als beschreibe die politische Macht damit ihr eigenes Handeln oder ihre eigene Stellung. Aus „Keine Experimente“ wird in dieser Perspektive beispielsweise die sprachliche Selbstbeschreibung einer auf Kontinuität gerichteten Regierung. Aus „Wir schaffen das moderne Deutschland“ wird eine hypothetische Erklärung staatlicher Gestaltungszuständigkeit. Diese Lesart prüft die sprachliche Struktur. Sie belegt weder, dass Parteien eine solche Bedeutung beabsichtigten, noch dass spätere Ergebnisse durch einen Slogan verursacht wurden.

Die Ergebnisse lassen sich in sieben Punkten zusammenfassen:

1. **Stabilitäts- und Sicherheitsslogans sind besonders häufig.** Sie reichen von „Keine Experimente“ 1957 über „Sicher in die 70er Jahre“ 1969 und „Sicherheit für Deutschland“ 1980 bis zu „Stabilität, Sicherheit, Freiheit“ 2021. Ihr empirischer Abgleich hängt vom gewählten Indikator ab. Ein Zeitraum kann institutionelle Kontinuität aufweisen und zugleich steigende Arbeitslosigkeit, Inflation oder Verschuldung verzeichnen.
2. **Wohlstands-, Aufschwung- und Arbeitsmarktslogans sind messbarer, aber nicht monokausal zurechenbar.** Wohnungsfertigstellungen, Löhne, Preise, Arbeitslosigkeit und Schuldenstände sind dokumentierbar. Sie werden jedoch auch durch Ölpreiskrisen,

Wiedervereinigung, Finanzkrise, Pandemie und Energiepreisschock geprägt. Politische Maßnahme, gemessenes Ergebnis und äußerer Kontext sind deshalb getrennt auszuweisen.

3. **Die frühen Jahrzehnte zeigen einen umfangreichen materiellen Ausbau.** Im früheren Bundesgebiet wurden von 1950 bis 1969 jährlich zwischen 371.924 und 623.847 Wohnungen fertiggestellt; 1964 wurde der Höchstwert dieser Reihe erreicht. Die Rentenreform von 1957 führte die bruttolohnbezogene dynamische Rente ein. Eine robuste, mit heutigen Reallohnindizes durchgehend identische Reihe liegt für diese Zeit jedoch nicht vor.
4. **Die sozialliberale Phase verband Sozialreformen mit späteren Krisenindikatoren.** Das BAföG schuf 1971 einen gesetzlichen Anspruch auf Ausbildungsförderung. Die Rentenreform 1972 erweiterte und flexibilisierte die Alterssicherung. Gleichzeitig stieg die westdeutsche Arbeitslosenquote von 0,7 Prozent 1970 auf 7,5 Prozent 1982; der Preisindex erhöhte sich von 40,5 auf 74,3 Punkte. Die Ölpreisschocks von 1973/74 und 1979/80 sind dabei als externer Kontext auszuweisen.
5. **Die Jahre 1982 bis 1998 wurden durch Wiedervereinigung und Strukturreformen geprägt.** Die gesamtstaatliche Schuldenquote stieg nach der Wiedervereinigung von rund 42 Prozent 1989 auf 59,4 Prozent 1998. Bahn und Post wurden in privatrechtliche Aktiengesellschaften überführt. Diese Entscheidungen sind Maßnahmen; die Schuldenentwicklung ist ein Ergebnis; die Wiedervereinigung bildet einen eigenständigen Kontext.
6. **Zwischen 1998 und 2005 änderten Steuer-, Arbeitsmarkt- und Rentenreformen institutionelle Regeln.** Die Körperschaftsteuer wurde im Zuge der Steuerreform 2000 auf einen einheitlichen Satz von 25 Prozent gesenkt. Die Hartz-Gesetze führten 2005 zur Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe in der Grundsicherung nach dem SGB II. Die Riester-Reform ergänzte die gesetzliche Rente um staatlich geförderte private und betriebliche Vorsorge; der Nachhaltigkeitsfaktor wurde 2005 erstmals angewandt.
7. **Für 2025 ist kein vollständiger Legislaturabgleich möglich.** Die Slogans der Bundestagswahl 2025 sind Wahlkampfaussagen. Zum Stichtag 12. September 2026 kann eine vollständige Legislaturperiode weder beobachtet noch mit Endwerten verglichen werden. Deshalb lautet der Abgleich grundsätzlich „nicht beurteilbar“, soweit keine klar datierte Einzelmaßnahme unmittelbar erfasst werden kann.

---

1. Untersuchungsfrage und Abgrenzung

1.1 Untersuchungsfrage

Die zentrale Frage lautet:

Welche Übereinstimmungen bestehen zwischen der sprachlichen Aussage dokumentierter Bundestagswahlslogans und den während der jeweils zurechenbaren Regierungsphase beobachteten Maßnahmen und Ergebnissen?

Dazu treten drei Unterfragen:

- Welche Selbstbeschreibung staatlicher Macht lässt sich aus einem Slogan hypothetisch ableiten?
- Welche Gesetze, institutionellen Veränderungen und statistischen Ergebnisse sind im sachlich und zeitlich passenden Zeitraum dokumentiert?
- Ergibt der Abgleich **Ja**, **Nein**, **Teils** oder **nicht beurteilbar**?

Der Vergleich ist kein Test politischer Wahrhaftigkeit. Er untersucht keine subjektiven Erwartungen einzelner Wahlberechtigter. Er bewertet auch nicht, ob ein Ergebnis normativ erwünscht war. Festgestellt werden ausschließlich Sprachrichtung, Maßnahme, Indikatorrichtung und zeitliche Zurechenbarkeit.

1.2 Abgrenzung von Aussage, Maßnahme, Ergebnis und Kontext

Vier Ebenen sind strikt zu unterscheiden:

1. **Slogan:** dokumentierte Wahlkampfformulierung.
2. **Dekodierung:** hypothetische sprachliche Lesart aus einer Machtperspektive.
3. **Politische Maßnahme:** Gesetz, institutionelle Neuordnung, Steueränderung oder Verwaltungsentscheidung.
4. **Gemessenes Ergebnis:** statistisch beobachtete Entwicklung, etwa Arbeitslosenquote, Preisindex, Wohnungsfertigstellungen oder Schuldenquote.

Daneben steht der **externe Kontext**. Dazu gehören insbesondere die Ölpreiskrisen, die deutsche Wiedervereinigung, die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise, die Corona-Pandemie und der Energiepreisschock. Kontextfaktoren sind weder identisch mit politischen Maßnahmen noch alleinige Erklärungen. Sie begrenzen die Möglichkeit, statistische Entwicklungen einer Regierung unmittelbar zuzuschreiben.

1.3 Zurechnungsregel für Regierungs- und Oppositionsslogans

Regierungsergebnisse werden nur Parteien zugerechnet, die im betreffenden Ergebniszeitraum an der Bundesregierung beteiligt waren. Ein Slogan einer Oppositionspartei wird nicht mit den Ergebnissen einer anderen Regierung verrechnet.

Das betrifft besonders:

- CDU und CSU 1976 sowie 1980: Oppositionsslogans; kein nachfolgender Regierungsergebnis-Abgleich im sozialliberalen Zeitraum.
- CDU und CSU 1998: Slogans der bis zur Wahl amtierenden Regierungsparteien; zulässig ist nur die Bilanz bis zum Regierungswechsel.
- Oppositionsparteien wie Grüne 1983/1987, PDS 1990/1994/2002, Linke, AfD, Freie Wähler und BSW: grundsätzlich kein Abgleich mit fremden Regierungsergebnissen.
- CDU/CSU 2021: Wahlkampfslogans der bisherigen Regierungsparteien, aber keine Regierungsverantwortung in der anschließenden Phase SPD/Grüne/FDP.

- Sämtliche Slogans 2025: unvollständiger Beobachtungszeitraum.

---

2. Methode und Prüfregeln

2.1 Die hypothetische Machtperspektive

Die Dekodierung fragt: **Wie klingt der Slogan, wenn das angesprochene oder handelnde „Wir" probeweise als staatliche Macht gelesen wird?**

Beispiele:

- „Wohlstand für alle" → hypothetische staatliche Selbstbeschreibung eines umfassenden Verteilungs- oder Teilhabeanspruchs.
- „Die treibende Kraft" → hypothetische Selbstdarstellung einer Partei als richtungsbestimmender Akteur innerhalb staatlicher Entscheidungen.
- „Deutschland gemeinsam machen" → hypothetische Selbstbeschreibung koordinierter staatlicher Gestaltung.
- „Bürokratie runter. Netto rauf." → hypothetische Erklärung, Regulierung zu verringern und verfügbare Einkommen zu erhöhen.

Diese Umformulierung ist ausschließlich analytisch. Sie sagt nichts darüber aus, ob eine Partei diese Bedeutung beabsichtigte.

2.2 Prüfskala

Der Abgleich verwendet nur vier Ergebnisse:

Urteil	Prüfregel
Ja	Dokumentierte Maßnahme oder Ergebnisrichtung stimmt im zurechenbaren Zeitraum konkret mit der prüfbaren Sloganaussage überein.
Nein	Ein hinreichend passender Indikator entwickelt sich eindeutig entgegen der konkreten Aussage.
Teils	Mehrere relevante Indikatoren oder Maßnahmen zeigen unterschiedliche Richtungen, oder nur ein Teil der Aussage ist belegt.
nicht beurteilbar	Aussage ist nicht operationalisierbar, Partei war nicht an der Regierung beteiligt, Daten sind nicht vergleichbar oder der Ergebniszeitraum ist unvollständig.

Ein „Ja" bedeutet nicht, dass jede denkbare Dimension des Slogans erfüllt wurde. Ein „Nein" belegt keine Absicht und keine alleinige politische Ursache. „Teils" ist angezeigt, wenn Maßnahmen und Ergebnisse auseinanderfallen oder verschiedene Indikatoren gegenläufig sind.

2.3 Indikatorenauswahl

Soweit belegt und vergleichbar, werden herangezogen:

- Reallöhne beziehungsweise preisbereinigte Kaufkraft;
- Bruttoverdienste;
- Arbeitslosen- oder Erwerbslosenquote;
- Verbraucherpreise;
- öffentliche Verschuldung;
- gesetzliche Rentenregeln und Rentenniveau;
- Ausbildungs- und Sozialleistungen;
- Einkommen- und Körperschaftsteuer;
- Wohnungsfertigstellungen, Wohnfläche und Wohnkostenbelastung;
- Privatisierungen und institutionelle Umwandlungen;
- Infrastrukturinvestitionen und technische Verfügbarkeit.

2.4 Keine Scheinkausalität

Die Formulierung lautet stets:

Slogan lautete …; dokumentiert ist …; Übereinstimmung: …

Nicht zulässig ist die Behauptung, ein Slogan habe ein Ergebnis verursacht. Ebenso wenig wird aus einem ungünstigen Indikator auf Motive oder Schuld geschlossen.

---

3. Datenbasis und Vergleichbarkeitsgrenzen

3.1 Sloganquellen

Die Slogan-Sammlung dokumentiert Wahlkampfformulierungen von CDU, CSU, FDP, SPD und – je nach Wahljahr – Grünen, PDS beziehungsweise Linkspartei/Die Linke, AfD, Freien Wählern und BSW. Nicht für jede Partei und jedes Jahr sind vollständig überlieferte Slogans vorhanden. Fehlende Formulierungen werden nicht ergänzt.

3.2 Westdeutschland und Gesamtdeutschland

Bis einschließlich der Bundestagswahl 1987 beziehen sich viele amtliche Reihen auf das frühere Bundesgebiet. Die Wahl 1990 war die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl. Ab 1991 liegen zahlreiche gesamtdeutsche Reihen vor. Ein Vergleich von westdeutschen Werten vor 1990 mit gesamtdeutschen Werten danach ist deshalb nicht automatisch ein Zeitvergleich derselben Grundgesamtheit.

Bei der Staatsverschuldung sind die gesamtdeutschen Werte ab 1991 ausgewiesen. Bei Verdiensten reichen historische Reihen für das frühere Bundesgebiet weit zurück; die territoriale Abgrenzung änderte sich jedoch teilweise.

3.3 Reallöhne

Der Reallohnindex wird als Verhältnis von Nominallohnindex und Verbraucherpreisindex berechnet. Die heutige konsistente Standardreihe beginnt nicht für alle historischen Perioden gleichartig. Für 1998 bis 2005 enthalten die aktuellen digitalen Standardtabellen keine vollständig vergleichbare Reallohnreihe nach heutiger Definition.

2022 ersetzte eine neue Verdiensterhebung die Vierteljährliche Verdiensterhebung. Sie erfasst einen breiteren Kreis von Betrieben und Beschäftigungsverhältnissen. Der dadurch entstandene Reihenbruch kann rechnerisch nicht vollständig beseitigt werden. Aussagen über lange Reallohnperioden werden daher nicht aus Einzelwerten verschiedener Konzepte zusammengesetzt.

3.4 Einkommen und Vermögen

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ist eine freiwillige, ungefähr alle fünf Jahre durchgeführte Haushaltserhebung. Das Sozio-oekonomische Panel ergänzt sie als Längsschnittquelle. Sehr einkommens- und vermögensstarke Haushalte sowie Selbständige sind teilweise unterrepräsentiert.

Haushaltsvermögen, Personenvermögen und makroökonomisches Sektorvermögen sind verschiedene Konzepte. Rentenanwartschaften werden in üblichen materiellen Nettovermögensbegriffen häufig nicht als direkt kapitalisierbares Vermögen erfasst. Eine durchgehende Verteilungsreihe von 1949 bis 2025 wird deshalb nicht konstruiert.

3.5 Wohnen

Wohnungsfertigstellungen sind als administrative Mengenstatistik vergleichsweise robust. Die Wohnkostenbelastung beruht dagegen auf Haushalts- und Einkommensdaten. Seit der Neugestaltung des Mikrozensus 2020 und dem Zusatzprogramm Wohnen 2022 bestehen methodische Brüche.

Auch die durchschnittliche Wohnfläche pro Person wurde bis 2018 bevölkerungszentriert und seit 2022 haushaltszentriert berechnet. Die neuere Methode führt systematisch zu höheren Durchschnittswerten. Direkte Zahlenvergleiche über diesen Bruch hinweg sind eingeschränkt.

3.6 Rentenniveau

Das Sicherungsniveau vor Steuern vergleicht eine standardisierte Rente nach 45 Beitragsjahren mit Durchschnittsverdienst mit einem entsprechend bereinigten Durchschnittsentgelt. Es ist weder die durchschnittlich tatsächlich ausgezahlte Rente noch eine individuelle Ersatzquote. Ein sinkendes Rentenniveau bedeutet nicht zwingend sinkende nominale Renten, sondern kann bedeuten, dass Renten langsamer steigen als Löhne.

4. Chronologische Hauptanalyse

4.1 CDU/CSU-geführte Bundesregierungen 1949–1969

4.1.1 Bundestagswahl 1949

Slogans

- **CDU:** „Das ganze Deutschland soll es sein"; „Zum ungeteilten Deutschland durch die CDU"; „Freiheit – Gerechtigkeit – Frieden"; „1947 – Hunger! Not! Elend! 1949 – Vorwärts! Aufwärts! Der Erfolg der CDU"; „Millionen Christen wählen CDU"; „Wer nicht wählt, wählt kommunistisch und damit seinen und seines Volkes Untergang".
- **CSU:** „Und wieder CSU – Denn: Es soll noch besser werden"; „Was erzählt Euch der Heimkehrer vom sozialistisch-kollektivistischen Staat? Bleibt deshalb Eurer bayerischen Heimat treu! Wählt Christlich Soziale Union."
- **FDP:** „Für ein freies Deutschland in einem neuen Europa"; „Gleichstellung in Preis und Lohn für das Landvolk FDP"; „Kriegsopfer! Heimatvertriebene! Bombengeschädigte! Was taten CDU und SPD als Regierende bisher für Euch? Gebt ihnen die Antwort – wählt FDP"; „Deutschland darf nicht sozialistisch werden"; „Altbürger! – Flüchtlinge! Nicht gegeneinander – sondern miteinander! Für ein Deutschland in Einigkeit und Recht und Freiheit. Wählt FDP."
- **SPD:** „Gesunder Wettbewerb durch Sozialisierung – SPD"; „Nun erst recht: Sozialisierung! SPD"; „Für Frieden, Freiheit, Sozialismus"; „Das ganze Deutschland soll es sein"; „Unser Ziel ist der Sozialismus!"

Dekodierung (hypothetische Machtperspektive)

Die CDU/CSU-Formulierungen lassen sich sprachlich als Selbstbeschreibung einer Macht lesen, die territorialstaatliche Einheit, antikommunistische Abgrenzung und materiellen Wiederaufstieg miteinander verbindet. „Vorwärts! Aufwärts!" und „Es soll noch besser werden" enthalten eine messbare Entwicklungsrichtung. FDP-Slogans verbinden Freiheit mit europäischer Einordnung und sozialer Integration von Flüchtlingen, Vertriebenen und Kriegsgeschädigten. Die SPD beschreibt hypothetisch einen Staat, der Wettbewerb durch Vergesellschaftung ordnen und Sozialismus als Zielrahmen setzen würde.

Dokumentierte Ergebnisse und Maßnahmen

Das Lastenausgleichsgesetz vom 14. August 1952 schuf Ausgleichsinstrumente für Kriegs-, Vertreibungs- und Währungsreformfolgen. Dazu gehörten Vermögensabgabe, Hypothekengewinnabgabe und Kreditgewinnabgabe sowie Leistungen wie Hauptentschädigung, Eingliederungsdarlehen, Kriegsschadenrente und Wohnraumhilfe.

Der Wohnungsbau nahm ein hohes Volumen an: 371.924 fertiggestellte Wohnungen 1950, 425.405 im Jahr 1951, 460.848 im Jahr 1952 und 539.683 im Jahr 1953. Diese Zahlen beziehen sich auf das frühere Bundesgebiet und messen Fertigstellungen, nicht Bezahlbarkeit oder Verteilung.

Abgleich

Slogangruppe	Status	Tatsachenbegründung	Übereinstimmung
CDU/CSU: „Vorwärts“, „Aufwärts“, „besser“	Regierungsparteien	Steigende Wohnungsfertigstellungen und gesetzlicher Lastenausgleich dokumentieren materiellen und institutionellen Aufbau; territoriale Einheit trat in diesem Zeitraum nicht ein.	**Teils**
FDP: Integration und Ausgleich	Regierungsbeteiligung der frühen Phase	Lastenausgleich und Wohnraumhilfe entsprechen dem Integrationsbezug; Preis- und Lohngleichstellung des Landvolks ist mit den vorliegenden Daten nicht vollständig prüfbar.	**Teils**
SPD: Sozialisierung und Sozialismus	Opposition	Kein Regierungsergebnis im gewählten Raster zurechenbar.	**nicht beurteilbar**

4.1.2 Bundestagswahl 1953

Slogans

- **CDU:** „Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau! Darum CDU“; „In Frieden für alle das tägliche Brot – CDU“; „Für Dich Bauer – CDU Adenauer“.
- **CSU:** „Wir wählen wieder CSU“.
- **FDP:** „Wählt die FDP, dann wählt ihr Deutschland“; „Mir geht ein Licht auf, ich wähle FDP“; „Weiter vorwärts FDP, mit Blücher für Deutschlands Aufstieg“.
- **SPD:** „Prof. Erhard – CDU ruiniert die Wirtschaft!“; „Wer SPD wählt, wählt den Aufbau!“; „Wähle links, wo das Herz schlägt! Wähle Sozialdemokraten!“; „Friede und Sicherheit durch Verständigung – nicht Kriegsgefahr durch Wettrüsten!“; „Überführung der Grundstoffindustrie in Gemeineigentum – nicht Herrschaft der Manager und Großaktionäre“; „Ollenhauer statt Adenauer“.

Dekodierung (hypothetische Machtperspektive)

Die CDU erklärt hypothetisch Versorgung, Frieden und Schutz vor sowjetischem Einfluss zu staatlichen Aufgaben. FDP und SPD beanspruchen jeweils „Aufstieg“ beziehungsweise „Aufbau“. Der SPD-Satz „CDU ruiniert die Wirtschaft“ ist keine Selbstbeschreibung, sondern eine Oppositionsdiagnose; in der hypothetischen Machtperspektive ist er nur als Gegenbild einer anders zu führenden Wirtschaft lesbar.

Dokumentierte Ergebnisse und Maßnahmen

Die Wohnungsfertigstellungen stiegen von 539.683 im Jahr 1953 auf 571.542 im Jahr 1954, 568.403 im Jahr 1955 und 591.082 im Jahr 1956. Das Zweite Wohnungsbaugesetz von 1956 gehörte zum Rahmen des staatlich geförderten Wohnungsbaus.

Abgleich

Slogangruppe	Status	Tatsachenbegründung	Übereinstimmung
CDU/CSU: Versorgung und Kontinuität	Regierung	Hohe und bis 1956 insgesamt steigende Wohnungsfertigstellungen; „Frieden“ ist als umfassender Zustand nicht durch einen Einzelindikator prüfbar.	**Teils**
FDP: „weiter vorwärts“, „Aufstieg“	Regierungspartei	Wohnungsbau zeigt Ausbau; eine umfassende Wohlstands- oder Reallohnprüfung ist mangels identischer Realreihe nicht möglich.	**Teils**
SPD: „Aufbau“, Gemeineigentum	Opposition	Keine nachfolgende Regierungsverantwortung; der behauptete wirtschaftliche Ruin wird durch die steigenden Wohnungsfertigstellungen nicht gestützt, ist aber als Gesamtwirtschaftsaussage nicht vollständig operationalisiert.	**nicht beurteilbar**

4.1.3 Bundestagswahl 1957

Slogans

- **CDU:** „Keine Experimente – CDU“; „Wohlstand für alle – CDU Ludwig Erhard“; „Denkt an Ungarn: Seid wachsam! CDU“.
- **CSU:** „Laßt uns weiterbauen – Adenauer – CSU“; „Es kommt nichts Besseres nach – Darum wieder CSU Liste 1“.
- **FDP:** „Laßt Euch nicht auf den Arm nehmen! Deshalb FDP – Auf die kommt’s an“; „Bürger! Dir hilft nur eine starke FDP“; „Steuerzahler! Weniger Staatsausgaben. Weniger Steuern. Wählt FDP“; „Sie sagen ‚Keine Experimente‘ und meinen Alleinherrschaft der CDU / Wählt FDP“.
- **SPD:** „Fort mit der Wehrpflicht – Raus aus der NATO – Schluß mit der Profit-Preis-Spirale – Deshalb SPD“; „Mehr Wohnungen statt Kasernen – Darum SPD“; „Keine Wehrpflicht – Darum SPD“.

Dekodierung (hypothetische Machtperspektive)

„Keine Experimente“ beschreibt hypothetisch eine Macht, die Kontinuität über Veränderung stellt. „Wohlstand für alle“ enthält einen universalen Teilhabeanspruch. „Laßt uns weiterbauen“ kann wörtlich mit Wohnungsfertigstellungen verglichen werden. Die FDP beschreibt einen kleineren Ausgaben- und Steuerstaat. Die SPD formuliert einen alternativen Ressourceneinsatz zugunsten von Wohnungen.

Dokumentierte Ergebnisse und Maßnahmen

Die Rentenreform 1957 führte die bruttolohnbezogene dynamische Rente ein und band die Rentenentwicklung an die Bruttolöhne. Ebenfalls 1957 wurde eine Altershilfe für Landwirte geschaffen.

Die Zahl fertiggestellter Wohnungen lag 1957 bei 559.641, 1958 bei 520.495, 1959 bei 588.704 und 1960 bei 574.402. Die Menge blieb damit hoch, schwankte aber.

Abgleich

Slogangruppe	Status	Tatsachenbegründung	Übereinstimmung
CDU: „Wohlstand für alle“	Regierung	Dynamische Rente ermöglichte Rentenbeziehenden die Teilnahme an der Lohnentwicklung; eine vollständige Verteilungsprüfung für „alle“ ist mangels historischer Mikrodaten nicht möglich.	**Teils**
CSU: „weiterbauen“	Regierung	Jährlich mehr als 520.000 Wohnungsfertigstellungen 1957–1960.	**Ja**
FDP: weniger Ausgaben und Steuern	Opposition beziehungsweise nicht maßgebliche Regierungszurechnung nach der Wahl	Die vorliegenden Daten quantifizieren die behauptete Richtung nicht hinreichend.	**nicht beurteilbar**
SPD: „Mehr Wohnungen statt Kasernen“	Opposition	Hoher Wohnungsbau ist dokumentiert, aber nicht als Ergebnis einer SPD-Regierung und nicht als nachgewiesene Umschichtung „statt Kasernen“.	**nicht beurteilbar**

4.1.4 Bundestagswahl 1961

Slogans

- **CDU:** „Auch morgen sicher leben – CDU“; „Auch morgen in Freiheit leben – CDU“; „Auch morgen keine Experimente – CDU“; „Erfolg und Erfahrung – CDU“.
- **CSU:** „Freiheit, Sicherheit, Wohlstand. Der Weg für uns alle – CSU“.
- **FDP:** „Ein modernes Volk braucht eine Politik des Fortschritts“; „Ein gesundes Volk braucht die gesunde Mitte“; „Erich Mende: Ein freies Volk braucht freie Demokraten – FDP“; „Wer weiter denkt, wählt FDP“.
- **SPD:** „Hand in Hand – gemeinsam geht es besser!“; „Wir sind eine Familie – SPD“; „Der Wohlstand ist für alle da! SPD“; „Deutschland braucht eine neue Regierung, die alle fähigen Köpfe unseres Volkes zusammenführt – Darum muß Willy Brandt Bundeskanzler werden! SPD“.

Dekodierung (hypothetische Machtperspektive)

CDU und CSU beschreiben den Staat als Kontinuitätsgaranten für Sicherheit, Freiheit und Wohlstand. Die FDP verbindet Modernisierung mit politischer Mitte. Die SPD formuliert hypothetisch einen kooperativen, integrativen Staat und übernimmt den universalen Wohlstandsbezug.

Dokumentierte Ergebnisse und Maßnahmen

Die Wohnungsfertigstellungen betrugen 565.761 im Jahr 1961, 573.375 im Jahr 1962, 569.610 im Jahr 1963 und 623.847 im Jahr 1964. Das war innerhalb der Reihe 1950–1969 der höchste Jahreswert.

Die Rentenanpassungsgesetze passten die Renten wiederholt an die allgemeine Bemessungsgrundlage an, darunter das 5. Rentenanpassungsgesetz für 1963, das 6. für 1964 und das 7. für 1965.

Abgleich

Slogan lautete „Freiheit, Sicherheit, Wohlstand. Der Weg für uns alle"; dokumentiert sind hohe Wohnungsfertigstellungen und wiederkehrende Rentenanpassungen. Eine Verteilungsprüfung „für uns alle" ist nicht möglich. **Übereinstimmung: Teils.**

Slogan lautete „Ein modernes Volk braucht eine Politik des Fortschritts"; dokumentiert sind Ausbau und sozialrechtliche Anpassungen, aber kein einzelner Modernitätsindikator. **Übereinstimmung: Teils.**

Die SPD war Oppositionspartei. Ihre Slogans werden nicht mit den Ergebnissen der CDU/CSU-geführten Regierung verrechnet. **Übereinstimmung: nicht beurteilbar.**

4.1.5 Bundestagswahl 1965

Slogans

- **CDU:** „Es geht um Deutschland – CDU"; „Unsere Sicherheit – CDU"; „CDU – In Bund und Land – erprobt und anerkannt".
- **CSU:** „Es geht um Dich und Deutschland – CSU".
- **FDP:** „Neue Wege wagen, darum FDP"; „Nie wieder Alleinherrschaft einer Partei! FDP – nötiger denn je".
- **SPD:** „Sicher ist sicher – SPD!"; „Neue Besen kehren gut – SPD"; „Die Zeit ist reif für eine Wachablösung – SPD".

Dekodierung (hypothetische Machtperspektive)

CDU/CSU stellen Staat und Individuum in einen gemeinsamen Sicherheitsrahmen. Die FDP beschreibt Machtbegrenzung und institutionelle Offenheit. Die SPD formuliert Wechsel und Erneuerung. Nach 1966 entstand innerhalb der vorgegebenen Phase eine Große Koalition aus CDU/CSU und SPD; damit wechselte die SPD von der Opposition in die Regierungsbeteiligung.

Dokumentierte Ergebnisse und Maßnahmen

Das Vermögensbildungsgesetz von 1965 regelte vermögenswirksame Leistungen und ermöglichte Anlagen unter anderem in Wertpapieren, Bausparverträgen und Wohneigentum.

Die Wohnungsfertigstellungen lagen 1965 bei 591.916, 1966 bei 604.799, 1967 bei 572.301, 1968 bei 519.854 und 1969 bei 499.696. Die Richtung war nach 1966 rückläufig, das absolute Niveau blieb nahe oder oberhalb von 500.000 Einheiten.

1969 stellte das Dritte Rentenversicherungs-Änderungsgesetz die Finanzierung auf ein reines Umlageverfahren um.

Abgleich

Slogangruppe	Tatsachenbegründung	Übereinstimmung
CDU/CSU: Sicherheit und Erfahrung	Vermögensbildungsgesetz, hohe Wohnungsfertigstellungen und Rentenfinanzierungsreform dokumentieren institutionelle Fortentwicklung; „Sicherheit" bleibt multidimensional.	**Teils**
FDP: neue Wege und Machtbegrenzung	Ohne hinreichend passenden quantitativen Indikator; Regierungsstatus wechselte innerhalb der Phase.	**nicht beurteilbar**
SPD: Wechsel und Sicherheit	Ab 1966 Regierungsbeteiligung in der Großen Koalition; der Wechsel erfolgte als Koalitionswechsel, nicht als vollständiger Regierungswechsel.	**Teils**

4.1.6 Bundestagswahl 1969

Slogans

- **CDU:** „Sicher in die 70er Jahre – CDU"; „Unsere Zukunft in guter Hand – CDU"; „CDU – Auf den Kanzler kommt es an".
- **CSU:** „CSU – modern denken, entschlossen handeln, besser leben".
- **FDP:** „F.D.P. – Wir schaffen die alten Zöpfe ab"; „F.D.P. – Die treibende Kraft".
- **SPD:** „SPD – die beste Zukunft, die Sie wählen können"; „Wir schaffen das moderne Deutschland – SPD"; „Wir haben die richtigen Männer"; „Damit Sie auch morgen in Frieden leben können. SPD".

Dekodierung (hypothetische Machtperspektive)

CDU/CSU formulieren als Amtsinhaber Kontinuität und gesicherte Zukunft. SPD und FDP beschreiben hypothetisch eine modernisierende Macht, die überkommene Regeln beseitigt und staatliche Strukturen aktiv verändert.

Dokumentierte Ergebnisse und Maßnahmen

Nach der Wahl entstand die SPD/FDP-Regierung. Das beendet die zwanzigjährige CDU/CSU-geführte Regierungsphase. Der nachfolgende Ergebniszeitraum gehört daher zur sozialliberalen Phase.

Abgleich

Slogan lautete „Sicher in die 70er Jahre"; die CDU wechselte nach der Wahl in die Opposition. Ein nachfolgender Regierungsabgleich ist nicht zulässig. **Übereinstimmung: nicht beurteilbar.**

Slogans lauteten „Wir schaffen die alten Zöpfe ab" und „Wir schaffen das moderne Deutschland"; dokumentiert sind in der folgenden Phase Bildungs-, Renten-, Betriebsverfassungs- und gesellschaftsrechtliche Reformen. **Übereinstimmung: Ja** hinsichtlich des konkret belegten Reformhandelns, nicht hinsichtlich eines umfassenden Modernitätsurteils.

4.2 SPD/FDP-Bundesregierungen 1969–1982

4.2.1 Bundestagswahl 1972

Slogans

- **CDU:** „Wir bauen den Fortschritt auf Stabilität – CDU"; „Moskau wählt Brandt … und Sie?"
- **CSU:** „Wir brauchen wieder Stabilität und Vernunft – deshalb CSU".
- **FDP:** „Vorfahrt für die Vernunft – F.D.P."
- **SPD:** „Willy Brandt muß Kanzler bleiben! Deshalb SPD"; „Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land – Wählt Willy Brandt – SPD"; „Wer morgen sicher leben will, muß heute für Reformen kämpfen – SPD".

Dekodierung (hypothetische Machtperspektive)

SPD und FDP beschreiben eine reformierende, zugleich sicherheitsorientierte Regierung. CDU und CSU formulieren aus der Opposition Stabilität als Gegenmodell und verknüpfen Außenpolitik mit innenpolitischer Wahlentscheidung.

Dokumentierte Ergebnisse und Maßnahmen

Das BAföG von 1971 begründete einen gesetzlichen Anspruch auf Ausbildungsförderung bei fehlenden eigenen Mitteln. Die Rentenreform 1972 erweiterte den versicherten Personenkreis, flexibilisierte den Renteneintritt und führte die Rente nach Mindesteinkommen ein; etwa 740.000 Geringverdienende wurden davon erfasst. Das Betriebsverfassungsgesetz 1971 erweiterte die Befugnisse von Betriebsräten. Das Mitbestimmungsgesetz 1976 regelte die Arbeitnehmermitwirkung in großen Unternehmen.

Als Ergebnisindikatoren stieg die Arbeitslosenquote im früheren Bundesgebiet von 1,1 Prozent 1972 auf 1,2 Prozent 1973, 2,6 Prozent 1974 und 4,7 Prozent 1975. Der Preisindex stieg im gleichen Zeitraum von 44,9 auf 54,5 Punkte. Die erste Ölpreiskrise bildet einen externen Kontext.

Abgleich

Slogangruppe	Status	Tatsachenbegründung	Übereinstimmung
SPD: Sicherheit durch Reformen	Regierung	BAföG, Rentenreform, Betriebsverfassung und Mitbestimmung belegen Reformen; Arbeitslosigkeit und Preise stiegen nach dem Ölpreisschock.	**Teils**
FDP: „Vorfahrt für die Vernunft“	Regierung	Beteiligung an konkreter Reformgesetzgebung; „Vernunft“ ist kein messbarer Indikator.	**nicht beurteilbar**
CDU/CSU: Stabilität	Opposition	Keine Regierungsergebnisse zurechenbar.	**nicht beurteilbar**

4.2.2 Bundestagswahl 1976

Slogans

- **CDU:** „Aus Liebe zu Deutschland: Freiheit statt Sozialismus“; „CDU – sicher, sozial und frei“; „Black is beautiful – CDU“; „Komm aus Deiner linken Ecke – CDU: sozial, sicher und frei“; „Helmut Kohl – der Mann, dem man vertrauen kann“.
- **CSU:** „Auf Strauß vertrauen – Strauß wählen – CSU“; „CSU 1976 – Deutschland vor der Entscheidung – Freiheit oder Sozialismus“.
- **FDP:** „Leistung wählen – F.D.P. Die Liberalen“; „Hans-Dietrich Genscher – Freiheit, Fortschritt, Leistung“.
- **SPD:** „Zieh mit: Wähl’ Schmidt – SPD“; „Modell Deutschland – Freiheit – Sicherheit – Soziale Demokratie“; „Weiterarbeiten am Modell Deutschland – Sozialdemokraten“; „Der bessere Mann muß Kanzler bleiben: Helmut Schmidt. Deshalb SPD.“

Dekodierung (hypothetische Machtperspektive)

SPD und FDP beschreiben Fortführung, Leistungsorientierung und ein staatliches „Modell Deutschland“. CDU/CSU stellen aus der Opposition einen Systemgegensatz her. Personenbezogene Vertrauensslogans lassen sich nicht sinnvoll mit makroökonomischen Kennzahlen operationalisieren.

Dokumentierte Ergebnisse und Maßnahmen

Die Arbeitslosenquote sank von 4,6 Prozent 1976 auf 4,5 Prozent 1977, 4,3 Prozent 1978 und 3,8 Prozent 1979; 1980 blieb sie bei 3,8 Prozent. Danach stieg sie auf 5,5 Prozent 1981 und 7,5 Prozent 1982. Der Preisindex erhöhte sich von 56,8 Punkten 1976 auf 74,3 Punkte 1982. Die zweite Ölpreiskrise 1979/80 ist als externer Schock zu berücksichtigen.

Die öffentliche Verschuldung stieg nach einer historischen Zusammenstellung von ungefähr 126 Milliarden DM 1970 auf knapp 469 Milliarden DM 1980. Abweichende Schuldenangaben in anderen Abgrenzungen zeigen, dass Gebietskörperschaften, Gesamtstaat und Nebenhaushalte nicht gleichgesetzt werden dürfen.

Abgleich

Slogangruppe	Status	Tatsachenbegründung	Übereinstimmung
SPD: „Freiheit – Sicherheit – Soziale Demokratie“ und Weiterarbeit	Regierung	Sozialstaatliche Regeln bestanden fort; Arbeitslosigkeit sank zunächst und stieg ab 1981 deutlich, Preise und Verschuldung nahmen zu.	**Teils**
FDP: Freiheit, Fortschritt, Leistung	Regierung	Regierungsbeteiligung und Reformfortführung sind dokumentiert; „Leistung“ ist nicht durch einen einheitlichen Ergebnisindikator abgebildet.	**Teils**
CDU/CSU: sicher, sozial und frei	Opposition	Keine nachfolgenden Regierungsergebnisse im Zeitraum zurechenbar.	**nicht beurteilbar**

4.2.3 Bundestagswahl 1980

Slogans

- **CDU:** „Franz Josef Strauß – Kanzler für Frieden und Freiheit“; „CDU – sicher, sozial und frei“; „Mit Optimismus gegen Sozialismus“; „Den Sozialismus stoppen – CDU wählen“.
- **CSU:** „Damit ein Bayer Kanzler wird – CSU“; „Endstation Volksfront – Es ist Zeit für einen Wechsel: Strauß muß Kanzler werden – CSU“.
- **FDP:** „Diesmal geht’s ums Ganze – diesmal F.D.P. Die Liberalen“; „Unser Land soll auch morgen liberal sein“.
- **SPD:** „Sicherheit für Deutschland – SPD“; „Bundeskanzler Helmut Schmidt: Sie können etwas für Ihr Land tun. Geben Sie Ihre Stimme meiner Partei. SPD“.

Dekodierung (hypothetische Machtperspektive)

SPD und FDP beschreiben Kontinuität und Sicherheit. CDU/CSU formulieren einen Oppositionswechsel und eine personelle Alternative. „Sicherheit“ kann auf Arbeitsmarkt, Preise, Sozialleistungen oder außenpolitische Stabilität bezogen werden; ohne Festlegung bleibt der Begriff mehrdeutig.

Dokumentierte Ergebnisse und Maßnahmen

Von 1980 bis 1982 stieg die Arbeitslosenquote von 3,8 auf 7,5 Prozent. Der Preisindex stieg von 66,4 auf 74,3 Punkte. Die Koalition zerbrach 1982 infolge von Differenzen in Wirtschafts- und Sozialpolitik; durch ein konstruktives Misstrauensvotum begann die CDU/CSU/FDP-Regierungsphase.

Abgleich

Slogan lautete „Sicherheit für Deutschland“; dokumentiert sind steigende Arbeitslosigkeit und Verbraucherpreise im Ergebniszeitraum, bei gleichzeitigem externem Ölpreis- und

Rezessionskontext. **Übereinstimmung: Nein** für die eng definierten Arbeitsmarkt- und Preisindikatoren.

Die CDU/CSU-Slogans waren Oppositionsslogans. Der Regierungswechsel erfolgte erst 1982. **Übereinstimmung: nicht beurteilbar** im unmittelbaren Wahlperiodenraster.

4.3 CDU/CSU/FDP-Bundesregierungen 1982–1998

4.3.1 Bundestagswahl 1983

Slogans

- **CDU:** „Dieser Kanzler schafft Vertrauen"; „Jetzt den Aufschwung wählen – CDU"; „Arbeit, Frieden, Zukunft – Miteinander schaffen wir's – CDU".
- **FDP:** „Deutschland braucht die F.D.P. – Die F.D.P. braucht ihre Zweitstimme"; „Freiheit braucht Mut. Deshalb F.D.P. Die Liberalen."
- **Die Grünen:** „Tag für Tag stirbt ein Stück Natur. Die Industrie macht Kasse"; „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt"; „Rettet den Wald".
- **SPD:** „Im deutschen Interesse – SPD"; „Der bessere Mann muß Kanzler werden – Hans-Jochen Vogel – SPD".

Dekodierung (hypothetische Machtperspektive)

CDU und FDP beschreiben eine Regierung des wirtschaftlichen Aufschwungs, der Arbeit und der liberalen Ordnung. Die Grünen formulieren als neue Bundestagsopposition eine staatliche Schutzpflicht für Natur und künftige Generationen. Die SPD bietet eine personelle Alternative.

Dokumentierte Ergebnisse und Maßnahmen

Die durchschnittlichen nominalen Bruttomonatsverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer im früheren Bundesgebiet stiegen von 1.396 Euro in heutiger Umrechnung 1982 auf 1.546 Euro 1985 und 1.879 Euro 1990. Diese Werte sind nominal und belegen allein keinen Reallohnzuwachs.

Die Schuldenentwicklung verlangsamte sich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre: Der durchschnittliche jährliche Schuldenanstieg wird für 1985 bis 1989 mit 5,3 Prozent angegeben, gegenüber 11,6 Prozent 1980 bis 1984. Ende 1989 lag der Schuldenstand bei 929 Milliarden DM.

Abgleich

Slogangruppe	Status	Tatsachenbegründung	Übereinstimmung
CDU: Aufschwung, Arbeit, Zukunft	Regierung	Nominalverdienste stiegen; ein vollständiger Reallohn- und Arbeitsmarktabgleich ist aus den vorliegenden Reihen nicht möglich.	**Teils**
	Regierung		**nicht beurteilbar**

Slogangruppe	Status	Tatsachenbegründung	Übereinstimmung
FDP: liberale Kontinuität		Regierungsbeteiligung ist gegeben; Freiheit und Mut sind nicht quantitativ operationalisierbar.	
Grüne: Natur- und Waldschutz	Opposition	Keine Regierungsergebnisse zurechenbar.	**nicht beurteilbar**
SPD: personeller Wechsel	Opposition	Kein Regierungswechsel nach der Wahl.	**Nein** hinsichtlich des unmittelbar bezeichneten Kanzlerwechsels

4.3.2 Bundestagswahl 1987

Slogans

- **CDU:** „Weiter so, Deutschland. CDU – die Zukunft"; „Wir sind auf einem guten Weg. Deshalb: Weiter so, Deutschland. CDU – die Zukunft"; „Stop – Deutschland darf nicht Rot-Grün werden – CDU".
- **CSU:** „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland – CSU. Konsequent für Deutschland".
- **FDP:** „F.D.P. Die Liberalen – Zukunft durch Leistung".
- **Die Grünen:** „Grün bricht durch"; „Farbe bekennen!"; „Grau, teurer Freund, ist alle Theorie. Doch grün des Lebens goldner Baum."
- **SPD:** „Den besten für Deutschland: Johannes Rau"; „Damit der Friede sicher bleibt und deutsche Interessen zählen – SPD"; „SPD – Mehrheit für mehr Arbeitsplätze"; „Damit unsere Kinder leben können: Umweltsünder hart packen – SPD"; „Statt Krieg der Sterne Frieden auf Erden – SPD".

Dekodierung (hypothetische Machtperspektive)

Die Regierungsparteien erklären Kontinuität und Leistung zur Zukunftsstrategie. SPD und Grüne formulieren Arbeitsplatz-, Friedens- und Umweltalternativen aus der Opposition.

Dokumentierte Ergebnisse und Maßnahmen

Bis 1989 stiegen die nominalen Bruttomonatsverdienste weiter. Der Schuldenstand blieb Ende 1989 unter einer Billion DM; die Schuldenquote lag bei ungefähr 42 Prozent. Ab 1990 veränderte die Wiedervereinigung Grundgesamtheit, fiskalische Aufgaben und Infrastrukturbedarf grundlegend.

Abgleich

Slogan lautete „Weiter so"; dokumentiert ist bis 1989 eine Fortsetzung der bestehenden Regierungskoalition, steigende nominale Verdienste und ein gegenüber der ersten Hälfte der 1980er verlangsamter Schuldenanstieg. **Übereinstimmung: Ja** für Kontinuität, **Teils** für eine umfassende Zukunfts- oder Wohlstandsaussage.

Die Arbeitsplatz- und Umweltslogans von SPD und Grünen waren Oppositionsslogans. **Übereinstimmung: nicht beurteilbar.**

4.3.3 Bundestagswahl 1990

Slogans

- **CDU:** „Kanzler für Deutschland"; „Freiheit – Wohlstand – Sicherheit"; „Gemeinsam schaffen wir es"; „Ja zu Deutschland – Ja zur Zukunft".
- **CSU:** „Entscheidung für Deutschland – CSU".
- **FDP:** „Genscher wählen – F.D.P. wählen. Die Liberalen"; „Das liberale Deutschland".
- **Die Grünen (West):** „Alle reden von Deutschland. Wir reden vom Wetter. Für ein besseres Klima"; „Ohne uns wird alles schwarz rot gold"; „Mit uns für die Energiewende"; „Mit uns für ein Deutschland ohne Armee".
- **PDS:** „Für die Schwachen eine starke Opposition".
- **SPD:** „Der neue Weg SPD – sozial, ökologisch, wirtschaftlich stark" im Westen; „Der neue Weg SPD – sichere Arbeitsplätze, saubere Luft, wirtschaftlich stark" im Osten; „Stimmen für Oskar".

Dekodierung (hypothetische Machtperspektive)

Die Regierungsparteien beschreiben die gesamtdeutsche Integration als gemeinsame staatliche Gestaltungsaufgabe. Grüne, PDS und SPD formulieren ökologische, soziale und friedenspolitische Alternativen aus der Opposition.

Dokumentierte Ergebnisse und Maßnahmen

Die Wiedervereinigung führte zu erheblichen Transfers, neuen Nebenhaushalten und der Übernahme von Verbindlichkeiten. Die gesamtstaatliche Schuldenquote entwickelte sich von 39,0 Prozent 1991 auf 41,4 Prozent 1992, 45,1 Prozent 1993, 47,5 Prozent 1994 und 54,9 Prozent 1995.

Nach 1990 wurden für die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit rund 36,8 Milliarden Euro investiert. Bis 2004 wuchs das überörtliche Straßennetz Ostdeutschlands um mehr als 20 Prozent, während es im Westen stagnierte. Die Treuhandanstalt hatte nach dem Treuhandgesetz den Auftrag, volkseigenes Vermögen zu privatisieren und neu zu ordnen.

Abgleich

Slogangruppe	Status	Tatsachenbegründung	Übereinstimmung
CDU/CSU/FDP: „Gemeinsam schaffen wir es", Zukunft	Regierung	Staatliche Integration, Infrastrukturinvestitionen und institutionelle Neuordnung sind dokumentiert; die Schuldenquote stieg erheblich.	**Teils**
Grüne: Klima, Energiewende, Deutschland ohne Armee	Opposition	Keine Regierungsergebnisse zurechenbar.	**nicht beurteilbar**
PDS: starke Opposition	Opposition	Der Slogan bezeichnet ausdrücklich Opposition, nicht Regierungsergebnis.	**nicht beurteilbar**

Slogangruppe	Status	Tatsachenbegründung	Übereinstimmung
SPD: sozial, ökologisch, wirtschaftlich stark	Opposition	Keine Regierungsverantwortung nach der Wahl.	**nicht beurteilbar**

4.3.4 Bundestagswahl 1994

Slogans

- **CDU:** „Damit es weiter aufwärts geht – CDU"; „Es geht um Deutschland – CDU"; „Politik ohne Bart – Sicher in die Zukunft – CDU"; „Auf in die Zukunft – aber nicht auf roten Socken".
- **CSU:** „Damit Deutschland stabil bleibt – Am 16. Oktober CSU wählen"; „Freiheit statt Volksfront – CSU".
- **FDP:** „Zukunft wagen – Liberal wählen – F.D.P. Die Liberalen"; „Diesmal geht's um alles – F.D.P. Die Liberalen".
- **Bündnis 90/Die Grünen:** „Solidarität statt Ellenbogen – Nur mit uns".
- **PDS:** „Veränderung beginnt mit Opposition"; „Wählen mit 16! Nicht abgestempelt. Selbstbestimmt!"; „Das erste Mal".
- **SPD:** „Freu Dich auf den Wechsel, Deutschland – SPD"; „Gemeinsam sind wir stark – SPD".

Dekodierung (hypothetische Machtperspektive)

CDU/CSU/FDP erklären die Fortsetzung der Regierung zum Stabilitäts- und Zukunftspfad. SPD, Grüne und PDS formulieren Wechsel, Solidarität und Opposition.

Dokumentierte Ergebnisse und Maßnahmen

Das Eisenbahnneuordnungsgesetz trat am 1. Januar 1994 in Kraft. Bundesbahn und Reichsbahn wurden im Bundeseisenbahnvermögen zusammengeführt; das Deutsche-Bahn-Gründungsgesetz schuf die Deutsche Bahn AG in privatrechtlicher Form.

Das Postumwandlungsgesetz von 1994 überführte die Deutsche Bundespost in Deutsche Post AG, Deutsche Postbank AG und Deutsche Telekom AG. Die Anteile lagen zunächst beim Bund.

Die Schuldenquote stieg von 47,5 Prozent 1994 auf 54,9 Prozent 1995, 57,7 Prozent 1996, 58,8 Prozent 1997 und 59,4 Prozent 1998. Ein erheblicher Teil des Anstiegs stand mit den fiskalischen Folgen der Wiedervereinigung in Zusammenhang.

Abgleich

Slogan lautete „Damit Deutschland stabil bleibt"; dokumentiert sind institutionelle Kontinuität und große Strukturreformen, zugleich eine steigende Schuldenquote. **Übereinstimmung: Teils.**

Slogan lautete „Damit es weiter aufwärts geht"; nominale Bruttomonatsverdienste im früheren Bundesgebiet stiegen von 2.358 Euro 1995 auf 2.518 Euro 1998, während die Schuldenquote zunahm. **Übereinstimmung: Teils.**

Die Oppositionsslogans werden nicht mit Regierungsergebnissen verrechnet. Der 1994 angekündigte SPD-Wechsel trat nach dieser Wahl nicht ein. **Übereinstimmung: Nein** nur hinsichtlich des konkret angekündigten unmittelbaren Wechsels.

4.3.5 Bundestagswahl 1998

Slogans

- **CDU:** „Weltklasse für Deutschland"; „Sicherheit statt Risiko"; „Aufbau Ost nur mit uns"; „Unser Aufschwung kommt"; „Keep Kohl!"; „Familie wählen"; „Sicherheit wählen"; „Frieden wählen"; „Aufschwung wählen"; „Blühende Landschaften wählen".
- **CSU:** „Anpacken für den Aufschwung"; „Ihre Zweitstimme entscheidet – CSU"; „In Deutschland bewegt sich was"; „Macht Bayern stark in Deutschland"; „Mit Bayern gewinnt Deutschland"; „Offensiv ins neue Jahrhundert"; „Schön in Bayern zu leben. Sicherheit ist Lebensqualität"; „Schröder-Land ist abgebrannt … Deutschland verdient Besseres!"; „SPD: Politik gegen Deutschland. CSU: Politik für Bayern!"; „Theo Waigel macht Bayern stark in Deutschland, in Europa, in der Welt"; „Ticket ins rot/grüne Chaos"; „Vorsicht Falle: Falscher Fünfziger im Umlauf!"; „Weltklasse für Deutschland – CSU"; „Wer Rot wählt, bekommt Die Grünen".
- **Bündnis 90/Die Grünen:** „Grün ist der Wechsel".
- **SPD:** „Deutschland braucht einen neuen Kanzler".

Dekodierung (hypothetische Machtperspektive)

CDU/CSU sprechen als Amtsinhaber von Aufschwung, Sicherheit und Fortsetzung. SPD und Grüne formulieren ausdrücklich den Regierungswechsel.

Dokumentierte Ergebnisse und Maßnahmen

Bis 1998 stiegen nominale Bruttomonatsverdienste; zugleich lag die gesamtstaatliche Schuldenquote bei 59,4 Prozent. Nach der Wahl endete die CDU/CSU/FDP-Regierung und eine SPD/Grüne-Regierung begann.

Abgleich

Slogangruppe	Status	Tatsachenbegründung	Übereinstimmung
CDU/CSU: „Keep Kohl", Sicherheit, Aufschwung	Abgewählte Amtsinhaber	Die Fortsetzung trat nicht ein; für die Bilanz bis zur Wahl sind nominal steigende Verdienste und eine gestiegene Schuldenquote dokumentiert.	**Teils**
SPD: neuer Kanzler	Nach der Wahl Regierungspartei	Regierungswechsel trat ein.	**Ja**
Grüne: „Grün ist der Wechsel"	Nach der Wahl Regierungspartei	Die Grünen wurden Teil der neuen Bundesregierung.	**Ja**

4.4 SPD/Grüne-Bundesregierungen 1998–2005

4.4.1 Bundestagswahl 2002

Slogans

- **CDU:** „Kompetenz für Deutschland"; „Gemeinsam für Deutschland"; „Aufschwung beginnt mit den Köpfen".
- **CSU:** „Anpacken für den Aufschwung".
- **FDP:** „Wählen Sie Optimismus"; „Die Zeit ist reif".
- **Bündnis 90/Die Grünen:** „Grün wirkt".
- **PDS:** „Arbeit soll das Land regieren"; „Frieden kostet Mut, Kriege kosten Leben"; „Macht den Osten stark"; „Die menschliche Antwort auf den Krieg ist nicht Krieg, sondern Frieden"; „NPD/DVU/REPs – den Nazis werden wir nicht weichen".
- **SPD:** „Arbeit gerecht verteilen. Das ist die Politik der Mitte"; „Familien fördern und entlasten. Das ist die Politik der Mitte"; „Forschung und Wissenschaft stärken"; „Anpacken statt Schlechtreden".

Dekodierung (hypothetische Machtperspektive)

SPD und Grüne beschreiben eine handelnde Mitte, die Arbeit, Familienförderung, Forschung und ökologische Wirkung verbindet. CDU/CSU und FDP formulieren aus der Opposition Aufschwung und Kompetenz. PDS beschreibt Arbeit, Frieden und Ostdeutschland aus einer Oppositionsperspektive.

Dokumentierte Ergebnisse und Maßnahmen

Die Agenda 2010 wurde am 14. März 2003 im Bundestag vorgestellt. Die Hartz-Gesetze I bis IV traten schrittweise zwischen 2003 und 2005 in Kraft. Zum 1. Januar 2005 wurden Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige in der Grundsicherung nach SGB II zusammengeführt.

Die registrierte Arbeitslosigkeit betrug rund 4,28 Millionen Personen 1998 und rund 4,86 Millionen 2005. Die entsprechende Quote stieg von 11,1 auf 11,7 Prozent. Durch die Einführung des SGB II 2005 änderte sich die administrative Erfassung, weshalb der unmittelbare Vergleich eingeschränkt ist.

Die Steuerreform 2000 senkte die Körperschaftsteuer von 40 Prozent auf einbehaltene und 30 Prozent auf ausgeschüttete Gewinne auf einen einheitlichen Satz von 25 Prozent. Das Vollanrechnungsverfahren wurde durch das Halbeinkünfteverfahren ersetzt. Die dritte Stufe der Einkommensteuerreform wurde teilweise auf 2004 vorgezogen; der Grundfreibetrag wurde angehoben.

Die Riester-Reform von 2001 führte staatlich geförderte private und betriebliche Altersvorsorge ein. Das RV-Nachhaltigkeitsgesetz von 2004 ergänzte die Rentenanpassungsformel um den Nachhaltigkeitsfaktor, der 2005 erstmals angewandt wurde.

Abgleich

Slogangruppe	Status	Tatsachenbegründung	Übereinstimmung
SPD: Arbeit gerecht verteilen	Regierung	Arbeitsmarktregeln wurden umfassend geändert; die registrierte Arbeitslosigkeit lag 2005 höher als 1998, bei statistischem Bruch.	**Nein** für die enge Ergebnisrichtung Beschäftigung
SPD: Familien fördern, Forschung stärken	Regierung	Vorliegende Daten enthalten keine hinreichend vollständigen Ergebnisreihen für diese beiden Bereiche.	**nicht beurteilbar**
Grüne: „Grün wirkt“	Regierung	Regierungsbeteiligung und institutionelle Mitwirkung sind belegt; eine isolierte ökologische Wirkungskennzahl fehlt.	**nicht beurteilbar**
CDU/CSU/FDP und PDS	Opposition	Keine Regierungsergebnisse der SPD/Grüne-Regierung zurechenbar.	**nicht beurteilbar**

4.4.2 Bundestagswahl 2005

Slogans

- **CDU:** „Besser für unser Land“; „Deutschland braucht den Wechsel“.
- **CSU:** „Zeit für den Wechsel“; „Gemeinsam für Arbeit und Wachstum“.
- **FDP:** „Mehr FDP, mehr Bildung“; „Mehr FDP, mehr Toleranz“; „Mehr FDP, weniger Bürokratie“; „Mehr FDP, mehr Forschung“; „Mehr FDP, mehr Arbeitsplätze“; „Mehr FDP, weniger Steuern“.
- **Bündnis 90/Die Grünen:** „Mach mit!“; „Ja! Merkel, lass uns in Frieden“; „Ja zu Grün“; „Nein zu Merkels neuen Atomplänen. Deshalb braucht es starke Grüne“.
- **Die Linkspartei.PDS:** „Dem Trübsinn ein Ende“; „100% für den Osten“; „Lohnarbeit ja, Billigjobs nein“.
- **SPD:** „Vertrauen in Deutschland“; „Für die Bürgerversicherung. Gegen die Kopfpauschale“; „Für Chancengleichheit. Gegen Studiengebühren“; „Für moderne Familienpolitik. Gegen den Rückschritt“; „Für den Atomausstieg. Gegen neue Atomkraftwerke“; „Für faire Löhne. Gegen Lohndumping“; „Für den Kündigungsschutz. Gegen die Willkür“; „Für sozialen Fortschritt. Gegen sozialen Kahlschlag“; „Für den Frieden. Gegen blinde Gefolgschaft“.

Dekodierung (hypothetische Machtperspektive)

CDU/CSU formulieren Wechsel, Arbeit und Wachstum. Die SPD beschreibt Schutz- und Verteilungsregeln. FDP, Grüne und Linkspartei formulieren sektorale Alternativen. Nach der Wahl entstand eine Große Koalition aus CDU/CSU und SPD; damit waren zentrale Wahlkampfgegner gemeinsam an der Regierung beteiligt.

Dokumentierte Ergebnisse und Maßnahmen

Die Reformen der unmittelbar vorhergehenden SPD/Grüne-Phase wirkten ab 2005 institutionell fort: SGB II, Nachhaltigkeitsfaktor und steuerliche Neuregelungen bestanden weiter. Ein isolierter

Nachweis, welche Partei innerhalb der Großen Koalition welches makroökonomische Ergebnis erzeugte, ist methodisch nicht möglich.

Abgleich

Slogan lautete „Deutschland braucht den Wechsel"; dokumentiert ist ein Kanzler- und Koalitionswechsel, allerdings unter Beteiligung der bisherigen Regierungspartei SPD. **Übereinstimmung: Teils.**

Slogan lautete „Gemeinsam für Arbeit und Wachstum"; der Begriff „gemeinsam" stimmt mit der Großen Koalition überein. Ein vollständiger Ergebnisabgleich erfordert die Folgeperiode. **Übereinstimmung: Teils.**

Die FDP, Grünen und Linkspartei waren nicht Teil der Bundesregierung. **Übereinstimmung: nicht beurteilbar.**

4.5 Merkel-Kabinette 2005–2021

Koalitionsfolge

- 2005–2009: CDU/CSU und SPD;
- 2009–2013: CDU/CSU und FDP;
- 2013–2017: CDU/CSU und SPD;
- 2017–2021: CDU/CSU und SPD.

Die Koalitionswechsel begrenzen die parteispezifische Zurechnung. Langfristige Ergebnisse werden daher primär auf Kabinetts- und Phasenebene betrachtet.

4.5.1 Bundestagswahl 2009

Slogans

- CDU: „Die Mitte".
- CSU: „Näher am Menschen".
- FDP: „Die Mitte stärken!"
- Bündnis 90/Die Grünen: „Aus der Krise hilft nur Grün".
- Die Linke: „Hier und in Europa".
- SPD: „Anpacken. Für unser Land."

Dekodierung (hypothetische Machtperspektive)

CDU, CSU und FDP beschreiben staatliche Politik als Mitte und Bürgernähe. Die Grünen beziehen sich ausdrücklich auf die Finanz- und Wirtschaftskrise. SPD und Linke formulieren allgemeine Handlungs- beziehungsweise Raumbezüge.

Dokumentierte Ergebnisse und Maßnahmen

Nach der Wahl regierten CDU/CSU und FDP. Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise ist als äußerer Kontext zu trennen. Die Schuldenquote stieg während der Krisenjahre auf mehr als 80 Prozent im Jahr 2010 und sank danach bis 2019 auf unter 60 Prozent.

Bei den Wohnungsfertigstellungen wurde 2009 mit 159.000 Einheiten ein Tiefpunkt erreicht; anschließend stieg die Zahl bis 2020 auf 306.400.

Abgleich

Slogans lauteten „Die Mitte" und „Die Mitte stärken"; dokumentiert sind Krisenmaßnahmen und später sinkende Schuldenquoten, doch „Mitte" ist weder ein Haushalts- noch ein Verteilungsindikator. **Übereinstimmung: nicht beurteilbar.**

„Aus der Krise hilft nur Grün" war ein Oppositionsslogan. Den Grünen werden keine Ergebnisse der CDU/CSU/FDP-Regierung zugerechnet. **Übereinstimmung: nicht beurteilbar.**

4.5.2 Bundestagswahl 2013

Slogans

- CDU: „Gemeinsam erfolgreich."
- CSU: „Bayern. Stark in Berlin."
- FDP: „Nur mit uns."
- Bündnis 90/Die Grünen: „Und Du?"
- Die Linke: „100% sozial."
- SPD: „Das Wir entscheidet."

Dekodierung (hypothetische Machtperspektive)

CDU und SPD verwenden kollektive Begriffe: „gemeinsam" und „Wir". In hypothetischer Machtperspektive beschreibt sich die folgende Große Koalition als koordiniert handelnde Regierung. CSU und FDP betonen Einfluss; Grüne und Linke adressieren Beteiligung beziehungsweise Sozialpolitik.

Dokumentierte Ergebnisse und Maßnahmen

2015 wurde der allgemeine gesetzliche Mindestlohn mit zunächst 8,50 Euro brutto je Stunde eingeführt. Die Maßnahme setzte eine gesetzliche Lohnuntergrenze. Sie ist von der durchschnittlichen Reallohnentwicklung zu unterscheiden.

Die Zahl der Wohnungsfertigstellungen stieg in den Jahren nach dem Tiefpunkt 2009 weiter und erreichte 2020 insgesamt 306.400.

Abgleich

Slogangruppe	Status	Tatsachenbegründung	Übereinstimmung
CDU/SPD: gemeinsam, Wir	Gemeinsame Regierung	Große Koalition und gemeinsam beschlossene gesetzliche Maßnahmen, darunter der Mindestlohn.	**Ja** für den Kooperationsbezug
CSU: stark in Berlin	Regierung	Regierungsbeteiligung belegt; „Stärke“ nicht quantitativ operationalisierbar.	**nicht beurteilbar**
FDP, Grüne, Linke	Opposition	Keine Regierungsergebnisse zurechenbar.	**nicht beurteilbar**

4.5.3 Bundestagswahl 2017

Slogans

- CDU: „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben.“
- FDP: „Denken wir neu!“
- Bündnis 90/Die Grünen: „Zukunft wird aus Mut gemacht“.
- Die Linke: „Sozial. Gerecht. Für alle.“
- AfD: „Trau dich, Deutschland!“
- SPD: „Zeit für mehr Gerechtigkeit“.

Dekodierung (hypothetische Machtperspektive)

CDU und SPD beschreiben Lebensqualität und Verteilungsgerechtigkeit. Die übrigen Parteien formulieren Erneuerung, Zukunft, Sozialität oder politische Aktivierung aus der Opposition.

Dokumentierte Ergebnisse und Maßnahmen

CDU/CSU und SPD setzten ihre Große Koalition fort. Der anschließende Zeitraum wurde ab 2020 durch die Corona-Pandemie geprägt. Reallöhne gingen 2020 zurück; 2022 und 2023 folgten weitere reale Verluste im Zusammenhang mit hoher Inflation und Energiepreisen. Diese späteren Entwicklungen reichen teilweise über das Ende der Merkel-Phase hinaus und dürfen nicht ausschließlich ihr zugerechnet werden.

Die Wohnungsfertigstellungen erreichten 2020 mit 306.400 Einheiten einen zwischenzeitlichen Höchststand.

Abgleich

Slogan lautete „gut und gerne leben“; dokumentiert sind steigende Wohnungsfertigstellungen bis 2020, gleichzeitig pandemiebedingte Reallohnverluste 2020. Der Slogan ist umfassender als die verfügbaren Indikatoren. **Übereinstimmung: Teils.**

Slogan lautete „Zeit für mehr Gerechtigkeit“; ein konsistenter kausaler Verteilungsabgleich nur für die Legislaturperiode liegt nicht vor. **Übereinstimmung: nicht beurteilbar.**

FDP, Grüne, Linke und AfD waren nicht Teil der Bundesregierung. **Übereinstimmung: nicht beurteilbar.**

4.5.4 Bundestagswahl 2021

Slogans

- CDU: „Deutschland gemeinsam machen".
- CSU: „Damit Bayern in Deutschland stark bleibt".
- FDP: „Nie gab es mehr zu tun".
- Bündnis 90/Die Grünen: „Bereit, weil Ihr es seid".
- Die Linke: „Macht das Land gerecht. Jetzt."
- AfD: „Deutschland. Aber normal."
- Freie Wähler: „Stabilität, Sicherheit, Freiheit: Die Kraft der Mitte."
- SPD: „Scholz packt das an".

Dekodierung (hypothetische Machtperspektive)

SPD, Grüne und FDP beschreiben eine handlungsbereite Regierung. CDU/CSU sprechen als bisherige Amtsinhaber von gemeinsamer Gestaltung und föderalem Einfluss, wechseln nach der Wahl aber in die Opposition. Linke, AfD und Freie Wähler formulieren alternative Zustandsbeschreibungen.

Dokumentierte Ergebnisse und Maßnahmen

Nach der Wahl begann die Bundesregierung aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Die Aussagen dieser drei Parteien können mit der Phase 2021–2025 verglichen werden. CDU/CSU-Ergebnisse nach 2021 sind nicht zurechenbar.

Abgleich

- „Scholz packt das an": Regierungsübernahme und konkrete Gesetzgebung folgten. **Übereinstimmung: Ja** für den engen Handlungsbezug.
- „Bereit, weil Ihr es seid" und „Nie gab es mehr zu tun": Regierungsbeteiligung und gesetzgeberische Aktivität sind belegt, die Begriffe „bereit" und „mehr" aber nicht als Ergebniskennzahlen bestimmt. **Übereinstimmung: Teils.**
- Oppositionsslogans: **nicht beurteilbar.**

4.6 SPD/Grüne/FDP-Bundesregierung 2021–2025

Dokumentierte Maßnahmen und Ergebnisse

Der gesetzliche Mindestlohn wurde zum 1. Oktober 2022 auf 12 Euro je Stunde erhöht. Gleichzeitig wurde die Minijobgrenze dynamisch an eine Wochenarbeitszeit von zehn Stunden zum Mindestlohn gekoppelt und lag zunächst bei 520 Euro.

Das Bürgergeld ersetzte zum 1. Januar 2023 Arbeitslosengeld II und Sozialgeld. Die Reform setzte unter anderem einen stärkeren Schwerpunkt auf Qualifikation, führte Kooperationspläne sowie Weiterbildungsleistungen ein und änderte die Fortschreibung der Regelbedarfe.

Der Reallohnindex ging während der Inflationsphase 2022 und 2023 zurück. 2024 setzte eine Erholung ein. 2025 stiegen die Nominallöhne um 4,2 Prozent und die Verbraucherpreise um 2,2 Prozent; daraus ergab sich ein Reallohnanstieg von 1,9 Prozent. Der Index lag damit annähernd wieder auf dem Niveau von 2019.

Bei den Wohnungsfertigstellungen wurden nach rund 294.000 Einheiten jährlich 2021 bis 2023 im Jahr 2024 noch 251.900 Einheiten fertiggestellt. 2025 sank die Zahl um weitere 18 Prozent auf 206.600. Als Kontext sind gestiegene Baukosten, Zinsen und Energiepreise von politischen Maßnahmen zu unterscheiden; soweit diese Ursachen in der Datenbasis nicht einzeln quantifiziert werden, erfolgt keine Zurechnung.

Die Wohnkostenüberlastungsquote betrug 2025 insgesamt 11,2 Prozent. Als überlastet gelten Haushalte, die mehr als 40 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für Wohnkosten aufwenden. Wegen methodischer Änderungen im Mikrozensus und bei Eigentümerkosten ist die Langzeitvergleichbarkeit eingeschränkt.

Abgleich der 2021 regierungsrelevanten Slogans

Slogan	Dokumentiert	Übereinstimmung
SPD: „Scholz packt das an“	Mindestlohnerhöhung und Bürgergeld sind konkrete Maßnahmen; Reallöhne fielen zunächst und stiegen 2024/2025 wieder.	**Teils**
FDP: „Nie gab es mehr zu tun“	Beteiligung an umfangreicher Gesetzgebung; eine quantitative Vergleichsgröße für „mehr zu tun“ fehlt.	**nicht beurteilbar**
Grüne: „Bereit, weil Ihr es seid“	Regierungsbeteiligung ist dokumentiert; Bereitschaft ist kein Ergebnisindikator.	**nicht beurteilbar**

4.6.1 Bundestagswahl 2025

Slogans

- **CDU:** „Für ein Land, auf das wir wieder stolz sein können.“
- **CSU:** „Zeit, dass sich was ändert.“
- **FDP:** „Bürokratie runter. Netto rauf.“
- **Bündnis 90/Die Grünen:** „Zuversicht.“
- **Die Linke:** „Alle wollen regieren. Wir wollen verändern.“
- **AfD:** „Zeit für Deutschland.“
- **BSW:** „Unser Land wünscht sich Frieden.“
- **SPD:** „Mehr für dich. Besser für Deutschland.“

Dekodierung (hypothetische Machtperspektive)

Der CDU-Slogan beschreibt hypothetisch einen Staat, der einen früheren Zustand gesellschaftlicher Identifikation wiederherstellen soll. Der CSU-Slogan fordert eine allgemeine Richtungsänderung. Die FDP formuliert zwei konkret prüfbare Richtungen: weniger Bürokratie und höheres Nettoeinkommen. Die Grünen benennen eine Erwartungshaltung, nicht eine Maßnahme. Die Linke unterscheidet Regieren und Verändern. AfD und BSW formulieren nationale Zeit- beziehungsweise Friedensbezüge. Die SPD verbindet individuelle Mehrleistung mit einem gesamtstaatlichen Verbesserungsanspruch.

Dokumentierter Status und Abgleich

Die Formulierungen sind Wahlkampfslogans 2025. Zum Stichtag 12. September 2026 ist keine vollständige Legislaturperiode abgeschlossen. Einzelwerte des Jahres 2025 können zudem teilweise noch der vorherigen Regierungsphase oder einem Übergangszeitraum zugeordnet sein. Ein vollständiger Vergleich mit Endergebnissen wäre Scheingenauigkeit.

Partei	Abgleich
CDU	**nicht beurteilbar**
CSU	**nicht beurteilbar**
FDP	**nicht beurteilbar**
Bündnis 90/Die Grünen	**nicht beurteilbar**
Die Linke	**nicht beurteilbar**
AfD	**nicht beurteilbar**
BSW	**nicht beurteilbar**
SPD	**nicht beurteilbar**

5. Übergreifender Indikatorenvergleich

5.1 Kompakte Indikatorentabelle

Bereich	Zeitraum	Einheit beziehungsweise Konzept	Beobachtete Richtung	Vergleichbarkeitsvermerk
Wohnungsfertigstellungen	1950–1964	Wohnungen, früheres Bundesgebiet	371.924 auf 623.847; Anstieg mit Schwankungen	Verwaltungsstatistik; Westdeutschland
Wohnungsfertigstellungen				

Bereich	Zeitraum	Einheit beziehungsweise Konzept	Beobachtete Richtung	Vergleichbarkeitsvermerk
	1964–1969	Wohnungen, früheres Bundesgebiet	623.847 auf 499.696; Rückgang	Nicht mit Bezahlbarkeit gleichzusetzen
Arbeitslosenquote	1970–1982	Prozent, früheres Bundesgebiet	0,7 auf 7,5	Ölpreiskrisen und Strukturwandel als Kontext
Verbraucherpreisindex	1970–1982	Index 1995 = 100	40,5 auf 74,3	Preisniveau, nicht Einkommensentwicklung
Nominaler Bruttomonatsverdienst	1982–1998	Euro-Umrechnung, Vollzeit, früheres Bundesgebiet	1.396 auf 2.518	Nominal; kein unmittelbarer Reallohnvergleich
Schuldenquote	1989–1998	Prozent des BIP	etwa 42 auf 59,4	Wiedervereinigung; ab 1991 Gesamtdeutschland
Registrierte Arbeitslosenquote	1998–2005	Prozent	11,1 auf 11,7	SGB-II-Erfassungsbruch 2005
Reallöhne	2022–2023	Reallohnindex	Rückgang	Energiepreisschock; Erhebungsbruch 2022
Reallöhne	2025	Veränderung zum Vorjahr	+1,9 Prozent	Nominallohn +4,2; Verbraucherpreise +2,2
Wohnungsfertigstellungen	2009–2020	Wohnungen, Deutschland	159.000 auf 306.400	Mengenindikator
Wohnungsfertigstellungen	2020–2025	Wohnungen, Deutschland	306.400 auf 206.600	2025 minus 18 Prozent zum Vorjahr
Wohnkostenüberlastung	2025	Anteil der Bevölkerung über 40-Prozent-Schwelle	11,2 Prozent	Methodenbrüche 2020/2023
Rentenniveau	seit Ende der 1970er	Sicherungsniveau vor Steuern	langfristig rückläufig; seit 2012 unter 50 Prozent	Standardrente, keine Durchschnittsrente
Öffentliche Bauinvestitionen	frühe 1970er–2013	Anteil am BIP	etwa 4,2 auf 1,2 Prozent	Bauinvestitionen ohne Wohnungsbau
Breitband				

Bereich	Zeitraum	Einheit beziehungsweise Konzept	Beobachtete Richtung	Vergleichbarkeitsvermerk
	Ende 2023	Haushalte mit mindestens 100 Mbit/s	93,3 Prozent verfügbar	Kein historisch identischer 1970er-Vergleich
Glasfaser	Ende 2023	FTTH/B-Abdeckung	etwa 32 Prozent	Verfügbarkeit, nicht tatsächlicher Anschluss

Quellen: Wohnungsfertigstellungen; Arbeitslosigkeit; Preise; Verdienste; Schulden; Reallöhne; Wohnkosten; Rentenniveau; Infrastruktur.

5.2 Lebensstandard: Reallöhne und Kaufkraft

Ein unmittelbarer Vergleich „1970er/1980er gegen heute“ ist nur eingeschränkt möglich. Für die 1970er Jahre liegen Preis- und Arbeitsmarktreihen vor, aber keine mit dem heutigen Reallohnindex methodisch identische, durchgehend verwendete Reihe. Der Preisindex stieg zwischen 1970 und 1982 von 40,5 auf 74,3 Punkte. Gleichzeitig stieg die Arbeitslosenquote von 0,7 auf 7,5 Prozent. Daraus folgt keine direkte Aussage über die durchschnittliche individuelle Kaufkraft, weil Nominallöhne und Haushaltszusammensetzung zusätzlich berücksichtigt werden müssten.

Für die Jahre 1982 bis 1998 ist ein Anstieg der nominalen Bruttomonatsverdienste von 1.396 auf 2.518 Euro in der historischen Umrechnung belegt. Ohne einen identisch abgegrenzten Verbraucherpreis- und Verdienstindex darf daraus kein exakter realer Zuwachs berechnet werden.

Für 2025 ist die Relation unmittelbar dokumentiert: Nominallöhne plus 4,2 Prozent, Verbraucherpreise plus 2,2 Prozent und Reallöhne plus 1,9 Prozent. Nach den Verlusten von 2020 sowie 2022 und 2023 bedeutete dies eine gegenläufige Jahresrichtung. Der Reallohnindex erreichte 2025 ungefähr wieder den Stand von 2019.

Die sachlich belastbare Aussage lautet daher:

- **1970–1982:** Preisniveau und Arbeitslosigkeit stiegen.
- **1982–1998:** nominale Bruttoverdienste stiegen.
- **2022–2023:** Reallöhne sanken.
- **2024–2025:** Reallöhne stiegen wieder.
- **Gesamtaussage 1949–2025:** Eine durchgehend sinkende oder steigende Reallohnentwicklung ist nicht belegt.

5.3 Wohnen: Angebot, Fläche und Belastung

Die frühen Nachkriegsjahrzehnte weisen hohe Fertigstellungszahlen auf. Von 1953 bis 1967 wurden im früheren Bundesgebiet jährlich mehr als 539.000 Wohnungen fertiggestellt; 1964 waren es 623.847. Die Zahl beschreibt den Ausbau des Angebots, nicht Mietbelastung oder Qualität.

Für Gesamtdeutschland sank die Fertigstellungszahl bis 2009 auf 159.000, stieg bis 2020 auf 306.400 und fiel bis 2025 auf 206.600. Damit zeigt der Mengenindikator nacheinander Rückgang, Anstieg und erneuten Rückgang.

Die durchschnittliche Wohnungsgröße stieg von 82,1 Quadratmetern 1991 auf 92,1 Quadratmeter 2021; die Wohnfläche pro Kopf von 34,9 auf 47,7 Quadratmeter. Dieser physische Bestandsindikator weist auf eine größere durchschnittliche Fläche hin. Er sagt nichts darüber aus, ob Haushalte diese Fläche zu einer geringeren Einkommensbelastung nutzen konnten.

Für 2025 waren 11,2 Prozent der Bevölkerung wohnkostenüberlastet, das heißt mit Wohnkosten von mehr als 40 Prozent des verfügbaren Einkommens. Die durchschnittliche Mietbelastung und die Überlastungsquote sind unterschiedliche Konzepte. Zudem bestehen Reihenbrüche durch die Mikrozensus-Neugestaltung und die geänderte Erfassung von Eigentümerkosten.

Damit gelten gleichzeitig folgende, nicht widersprüchliche Richtungsbefunde:

- langfristig größere durchschnittliche Wohnfläche;
- stark schwankende Wohnungsfertigstellungen;
- 2024 und 2025 rückläufige Fertigstellungen;
- 2025 Wohnkostenüberlastung bei 11,2 Prozent der Bevölkerung.

5.4 Renten und Sozialleistungen

Die Rentenreform 1957 koppelte die Renten an die Bruttolohnentwicklung. Die Reform von 1972 erweiterte den versicherten Personenkreis, flexibilisierte Altersgrenzen und verbesserte Ansprüche von Geringverdienenden.

Die Reform 2001 ergänzte die gesetzliche Rente durch geförderte private und betriebliche Vorsorge. Der Nachhaltigkeitsfaktor berücksichtigt seit 2005 das Verhältnis von Rentenbeziehenden zu Beitragszahlenden und dämpft bei ungünstiger Relation die Rentenanpassung. Schutzklauseln verhinderten dabei nominale Rentenkürzungen.

Das Sicherungsniveau vor Steuern ist seit den späten 1970er Jahren langfristig gesunken und liegt seit 2012 unter 50 Prozent. Diese Richtung darf nicht als durchgehend sinkende nominale Rentenzahlung formuliert werden. Sinkendes Niveau bedeutet, dass die standardisierte Rente relativ zum bereinigten Durchschnittslohn langsamer wächst.

Bei der Grundsicherung änderten sich die Systeme mehrfach: 2005 Einführung des SGB II, 2023 Ablösung von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld durch das Bürgergeld. Das sind institutionelle Maßnahmen. Aussagen über individuelle Lebenslagen erfordern zusätzliche Haushaltsdaten.

5.5 Einkommen- und Vermögensverteilung

Für die unmittelbare Nachkriegszeit besteht keine mit heutigen Haushaltsbefragungen identische Vermögensreihe. Die PHF-Erhebung der Bundesbank begann erst 2010/2011. Eine rückwirkende Dekadenreihe von 1949 an wäre daher methodisch nicht belastbar.

Für aktuelle Einkommensdaten wird der Gini-Koeffizient des Nettoäquivalenzeinkommens verwendet. Die Werte lagen bei 30,5 im Jahr 2020, 31,2 im Jahr 2021, 29,0 im Jahr 2022, 29,4 im Jahr 2023, 29,5 im Jahr 2024 und 30,1 im Jahr 2025. Die Reihe zeigt Schwankungen, aber keine durchgehend gleichgerichtete Entwicklung.

Vermögensdaten weisen eine wesentlich stärkere Konzentration auf als Einkommensdaten. Die unteren 50 Prozent der Haushalte verfügen in den herangezogenen Erhebungen zusammen über ungefähr ein Prozent des Nettovermögens, während die oberen zehn Prozent mehr als die Hälfte halten. Wegen der Untererfassung sehr vermögender Haushalte sind genaue Konzentrationswerte mit Unsicherheit behaftet.

Deshalb ist weder die pauschale Aussage eines durchgehend schrumpfenden „Mittelstands“ noch eines durchgehend gleichmäßiger verteilten Wohlstands aus der Datenbasis ableitbar.

5.6 Öffentliche Verschuldung

Die Schuldenentwicklung verlief phasenweise:

- deutlicher Anstieg in den 1970er Jahren;
- verlangsamtes Wachstum in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre;
- erneuter starker Anstieg im Zuge der Wiedervereinigung;
- Finanzkrisenanstieg bis über 80 Prozent 2010;
- Rückgang bis unter 60 Prozent 2019;
- erneuter Anstieg durch Pandemie und Energiekrisenmaßnahmen;
- 2025 Schuldenquote von 63,5 Prozent und Schuldenstand von etwa 2,8 Billionen Euro.

Absolute Schuldenstände und Schuldenquoten können unterschiedliche Richtungen zeigen, wenn das nominale BIP wächst. Außerdem unterscheiden sich Schuldenbegriffe nach Einbeziehung von Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen und Nebenhaushalten. Die jeweiligen Werte dürfen nicht ohne Abgrenzungsprüfung verbunden werden.

5.7 Technologie und Infrastruktur

Objektiv dokumentierbare technische Veränderungen betreffen insbesondere Telekommunikation und Verkehrsnetze.

Ende 2023 standen mindestens 100 Mbit/s für etwa 93,3 Prozent der Haushalte zur Verfügung; die Glasfaserabdeckung FTTH/B lag bei ungefähr 32 Prozent. Diese Werte belegen eine technische Verfügbarkeit, die in den 1970er und 1980er Jahren als Infrastrukturtyp nicht existierte. Ein relativer internationaler Rang wird daraus nicht abgeleitet.

Im Verkehrsbereich wurden nach der Wiedervereinigung rund 36,8 Milliarden Euro in die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit investiert. Das überörtliche Straßennetz Ostdeutschlands wuchs bis 2004 um mehr als 20 Prozent. Gleichzeitig gelten Teile der heutigen Straßen-, Brücken- und Schieneninfrastruktur als sanierungsbedürftig; 2023 wurden rund 70 Prozent der Autobahnbrücken mit „befriedigend“ oder besser bewertet.

Die staatlichen Bauinvestitionen ohne Wohnungsbau gingen als Anteil am BIP von etwa 4,2 Prozent zu Beginn der 1970er Jahre auf rund 1,2 Prozent 2013 zurück. Die öffentlichen Nettoinvestitionen schwankten seit Mitte der 1990er Jahre um den Nullpunkt.

Damit lauten die Richtungsbefunde:

- technische Kommunikationskapazität: gegenüber früheren Jahrzehnten erweitert;
- ostdeutsches überörtliches Straßennetz nach 1990: erweitert;
- Anteil staatlicher Bauinvestitionen am BIP seit den frühen 1970er Jahren: gesunken;
- Modernisierungs- und Sanierungsbedarf in Verkehr und Digitalisierung: dokumentiert.

---

6. Befundübersicht

6.1 Wiederkehrende sprachliche Muster

Sicherheit und Stabilität

„Sicherheit", „Stabilität", „Freiheit" und „Vertrauen" erscheinen über den gesamten Zeitraum. Sie werden von unterschiedlichen Parteien und sowohl aus Regierungs- als auch aus Oppositionspositionen verwendet. Da Sicherheit außenpolitische, soziale, wirtschaftliche und persönliche Bedeutungen haben kann, ist ein Gesamturteil meist nicht möglich.

Wenn Sicherheit eng als Preis- und Arbeitsplatzstabilität definiert wird, ergeben sich konkrete Gegenbefunde, etwa für 1980 bis 1982. Wenn sie als institutionelle Kontinuität definiert wird, können dieselben Jahre anders eingeordnet werden. Die Operationalisierung entscheidet daher über das Prüfergebnis.

Wohlstand, Aufstieg und Aufschwung

Die Formulierungen „Wohlstand für alle", „Aufstieg", „Aufschwung", „aufwärts" und „besser leben" sind stärker ergebnisbezogen. Dennoch ist „Wohlstand" mehrdimensional:

- Einkommen können nominal steigen, während Preise ebenfalls steigen;
- durchschnittliche Wohnfläche kann wachsen, während Mietbelastung hoch bleibt;
- Beschäftigung kann zunehmen, während Vermögenskonzentration bestehen bleibt;
- Sozialleistungen können ausgebaut werden, während die relative Rentenposition sinkt.

Deshalb ergeben sich überwiegend Teilbefunde.

Wechsel und Modernisierung

Slogans wie „Neue Wege wagen", „Wir schaffen das moderne Deutschland", „Grün ist der Wechsel", „Deutschland braucht den Wechsel", „Denken wir neu" und „Zeit, dass sich was ändert" verbinden Politik mit Richtungsänderung.

Ein Regierungs- oder Koalitionswechsel ist klar feststellbar. „Modernisierung“ und „Veränderung“ erfordern dagegen eine zusätzliche Sachdimension. Nachweisbar sind unter anderem:

- Bildungs- und Rentenreformen Anfang der 1970er Jahre;
- Bahn- und Postreformen in den 1990er Jahren;
- Steuer-, Arbeitsmarkt- und Rentenreformen 2000 bis 2005;
- Mindestlohn, Bürgergeld und neue Anpassungsregeln in späteren Phasen.

Ob diese Maßnahmen insgesamt „modern“ sind, ist keine statistische Feststellung.

Gemeinschaft und nationale Bezugnahmen

„Gemeinsam“, „Wir“, „Deutschland“ und „unser Land“ treten in fast allen Jahrzehnten auf. Sie benennen ein politisches Kollektiv, enthalten aber häufig keine prüfbare Ergebnisrichtung. Ein „Ja“ ist nur dort möglich, wo der Slogan ausdrücklich einen Koalitions- oder Regierungswechsel bezeichnet und dieser tatsächlich eintritt.

6.2 Zusammenfassende Abgleichsmatrix

Wahljahr	Regierungsrelevante Slogankernrichtung	Zentraler dokumentierter Befund	Abgleich
1949	Wiederaufbau, Aufwärtsentwicklung	Lastenausgleich und steigender Wohnungsbau	**Teils**
1953	Versorgung, Aufstieg	hoher Wohnungsbau	**Teils**
1957	Wohlstand, Weiterbauen	dynamische Rente, hohe Fertigstellungen	**Teils/Ja**
1961	Sicherheit, Wohlstand, Fortschritt	Rentenanpassungen, Rekordfertigstellungen 1964	**Teils**
1965	Sicherheit, Erfahrung	Vermögensbildung, Umlageverfahren, hoher Wohnungsbau	**Teils**
1969	Modernisierung und Wechsel	sozialliberale Reformphase begann	**Ja** für Reformrichtung
1972	Sicherheit durch Reformen	BAföG, Rentenreform, Mitbestimmung; steigende Arbeitslosigkeit	**Teils**
1976	Fortführung „Modell Deutschland“	zunächst sinkende, später steigende Arbeitslosigkeit	**Teils**
1980	Sicherheit	Arbeitslosigkeit und Preise stiegen bis 1982	**Nein** in enger ökonomischer Definition
1983	Aufschwung und Arbeit		**Teils**

Wahljahr	Regierungsrelevante Slogankernrichtung	Zentraler dokumentierter Befund	Abgleich
		nominale Verdienste stiegen; Realvergleich unvollständig	
1987	„Weiter so“	Regierungs- und Politikfortführung bis 1990	**Ja/Teils**
1990	gemeinsame deutsche Zukunft	Integration, Infrastrukturaufbau, steigende Schuldenquote	**Teils**
1994	Stabilität und Aufwärtsentwicklung	Bahn-/Postreform; Schuldenquote stieg	**Teils**
1998	Amtsinhaberkontinuität versus Wechsel	Regierungswechsel zu SPD/ Grünen	**Nein** für Amtsinhaberfortsetzung; **Ja** für Wechsel
2002	Arbeit, Familie, Wirkung	Agenda 2010; Arbeitslosigkeit 2005 höher, Erfassungsbruch	**Nein/Teils**
2005	Wechsel, Arbeit, Wachstum	Große Koalition; Kanzlerwechsel bei SPD-Mitregierung	**Teils**
2009	Mitte und Krisenbewältigung	Krisenbedingter Schuldenanstieg, späterer Rückgang	**nicht beurteilbar/Teils**
2013	gemeinsamer Erfolg	Große Koalition, gesetzlicher Mindestlohn	**Ja** für Kooperation
2017	Lebensqualität, Gerechtigkeit	Wohnungsbauanstieg bis 2020; pandemischer Reallohnrückgang	**Teils**
2021	Handlungsbereitschaft	Mindestlohnerhöhung, Bürgergeld; Reallohnverlust und Erholung	**Teils**
2025	Änderung, Zuversicht, individuelles und nationales Mehr	Legislatur nicht abgeschlossen	**nicht beurteilbar**

6.3 Reichweite der Urteile

Die höchste Übereinstimmung entsteht bei eng formulierten institutionellen Aussagen:

- ein angekündigter Regierungswechsel tritt ein;
- eine Partei wird Regierungspartei;

- ein „Weiterbauen“-Slogan trifft auf hohe Wohnungsfertigstellungen;
- ein Reformanspruch trifft auf dokumentierte Reformgesetze.

Je umfassender der Slogan, desto häufiger lautet der Abgleich „Teils“ oder „nicht beurteilbar“. Aussagen wie „Wohlstand für alle“, „gut und gerne leben“, „100% sozial“ oder „besser für Deutschland“ können nicht mit einem einzigen Durchschnittsindikator geprüft werden.

---

7. Schlussbemerkung

Die Untersuchung zeigt die Reichweite eines eng begrenzten Vergleichs zwischen Wahlkampfsprache und dokumentierten Regierungsergebnissen. Slogans verdichten politische Richtung, Identität und Handlungsanspruch. Statistische Ergebnisse und Gesetze bilden dagegen abgegrenzte Sachverhalte mit bestimmten Zeiträumen, Definitionen und Datenbrüchen ab.

Die hypothetische Machtperspektive macht sichtbar, wie ein Slogan klingt, wenn er probeweise als Selbstbeschreibung staatlicher Handlungsmacht gelesen wird. Diese Dekodierung bleibt ein sprachliches Testinstrument. Sie belegt weder tatsächliche Absichten noch Motive und stellt keine Kausalverbindung zwischen Formulierung und Ergebnis her.

Die dokumentierten Befunde sind mehrheitlich gemischt: Maßnahmen können mit einer Sloganrichtung übereinstimmen, während Ergebnisindikatoren gleichzeitig gegenläufig verlaufen. Externe Schocks und statistische Umstellungen begrenzen zusätzlich die Zurechnung. Wo Parteien nicht regierten, Daten fehlten oder der Zeitraum noch nicht abgeschlossen war, wurde auf ein Ergebnisurteil verzichtet.

Welche politische Bedeutung Leserinnen und Leser diesen Übereinstimmungen, Teilübereinstimmungen und Grenzen beimessen, bleibt offen.

Sources

1. wahlslogans_deutschland.md (uploaded document)
2. https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Bauen/Publikationen/Downloads-Bautaetigkeit/baugenehmigungen-baufertigstellungen-pdf-5311101.pdf?__blob=publicationFile
3. https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/23235558_wahlperioden02-199554
4. https://www.bundestag.de/resource/blob/410254/c7e51139a3df20a216d6758230ad426b/WD-6-164-12-pdf.pdf
5. https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026/kw33-audio-6-wahlperiode-1103056
6. https://webarchiv.bundestag.de/archive/2008/1010/geschichte/parlhist/streifzug/g1970/g1970_1.html
7. https://www.gesetze-im-internet.de/baf_g/BAf%C3%B6G.pdf
8. https://www.gesetze-im-internet.de/rrg/BJNR019659972.html
9. https://www.grin.com/document/134861
10. https://dserver.bundestag.de/btd/06/034/0603432.pdf
11. https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Konjunkturindikatoren/Lange-Reihen/Arbeitsmarkt/lrarb003ga.html
12. https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Verbraucherpreisindex/Publikationen/Downloads-Verbraucherpreise/verbraucherpreisindex-lange-reihen-pdf-5611103.pdf?__blob=publicationFile
13. https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/deutschland-in-den-70er-80er-jahren-270/9748/wirtschaftliche-entwicklung-in-der-bundesrepublik/

14. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/06/PD23_N032_81.html
15. https://www.bundesbank.de/resource/blob/691396/7ab2cea0fdffb68875b956c088d06911/mL/1997-03-staatsverschuldung-data.pdf
16. https://www.bundesbank.de/resource/blob/844258/266e791155189076b4ae7f8d9f59b02a/472B63F073F071307366337C94F8C870/i-8-oeffentliche-finanzen-data.pdf
17. https://www.gesetze-im-internet.de/bezng/BJNR237810993.html
18. https://www.gesetze-im-internet.de/dbgrg/
19. https://www.gesetze-im-internet.de/postumwg/BJNR233900994.html
20. https://www.gesetze-im-internet.de/eneuog/BJNR237809993.html
21. https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Oeffentliche-Finanzen/Stabilitaetsprogramme/stabilitaetsprogramm-2000.pdf?__blob=publicationFile&v=1
22. https://www.bundestag.de/resource/blob/194020/3346bd80b7d42f1089b471b5ea0a0931/agenda_2010-data.pdf
23. https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2004-07-02-hartziv-1009754
24. https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/fb-f356h-evaluation-der-massnahmen-hartz-arbeitspaket-3h.pdf?__blob=publicationFile&v=1
25. https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/f356-hartz-bericht-langfassung.pdf?__blob=publicationFile&v=1
26. https://www.deutsche-rentenversicherung.de/SharedDocs/Downloads/DE/Zeitschriften/RVaktuell/2010/Artikel/heft_7_schott.pdf;jsessionid=2960E8D305AFA889D601B813872BE5EA.delivery1-7-replication?__blob=publicationFile&v=1
27. https://www.deutsche-rentenversicherung.de/SharedDocs/Downloads/DE/Zeitschriften/DRV_Hefte_deutsch/2023/ausgewaehlter_artikel_heft_3-4_ruland.pdf?__blob=publicationFile&v=1
28. http://rvrecht.deutsche-rentenversicherung.de/Raa/Raa.do?f=SGB6_254CR2.8
29. https://www.deutsche-rentenversicherung.de/SharedDocs/Downloads/DE/Zeitschriften/DRV_Hefte_deutsch/2023/ausgewaehlter_artikel_heft_2_duenn_bilgen.pdf?__blob=publicationFile&v=2
30. https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Verdienste/Verdienste-Branche-Berufe/Tabellen/lange-reihe-frueheres-bundesgebiet-1913.html
31. https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Verdienste/Verdienste-Branche-Berufe/Tabellen/liste-bruttomonatsverdienste.html
32. https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Verdienste/Realloehne-Nominalloehne/_inhalt.html
33. https://genesis.destatis.de/datenbank/online/statistic/62361/table/62361-0020
34. https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Verdienste/Realloehne-Nettoverdienste/Tabellen/reallohnindex-jahre.html
35. https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Verdienste/Realloehne-Nettoverdienste/Methoden/veraenderung-nominallohnindex.html
36. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/02/PD23_048_62321.html
37. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/04/PD23_166_62321.html
38. https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/FAQ/vermoegensverteilung.html
39. https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Konsumausgaben-Lebenshaltungskosten/Methoden/einkommens-verbrauchsstichprobe.html
40. https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/evs2023-info.html
41. https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/FAQ/FAQ-Liste.html
42. https://www.destatis.de/DE/Methoden/Qualitaet/Qualitaetsberichte/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/einkommens-verbrauchsstichprobe-2023.pdf?__blob=publicationFile&v=5
43. https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Wohnen/Methoden/_zusatzprogramm-wohnen-des-mz.html
44. https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Wohnen/Methoden/5-zeitliche-vergleichbarkeit-allgemein.html
45. https://www.destatis.de/DE/Methoden/WISTA-Wirtschaft-und-Statistik/2025/06/aenderung-berechnung-wohnflaeche-zusatzprogramm-mz-062025.pdf?__blob=publicationFile&v=3
46. https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61842/entwicklung-des-rentenniveaus-grv/
47. https://www.gesetze-im-internet.de/lag/LAG.pdf
48. https://www.gesetze-im-internet.de/lag/BJNR004460952.html
49. https://dserver.bundestag.de/btd/03/012/0301234.pdf
50. https://dserver.bundestag.de/btd/03/011/0301126.pdf
51. https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2017/kw03-kalenderblatt-rentenreform-488538
52. https://dserver.bundestag.de/btp/02/02187.pdf
53. https://www.gesetze-im-internet.de/rag_7/7._RAG.pdf
54. https://www.gesetze-im-internet.de/rag_7/BJNR010850964.html

55. https://www.gesetze-im-internet.de/rag_5/BJNR007640962.html
56. https://www.gesetze-im-internet.de/rag_6/BJNR010089963.html
57. https://www.gesetze-im-internet.de/vermbg_2/BJNR005850965.html
58. https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/wahlperioden-03-199868
59. https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/wahlperiode-06-200090
60. https://www.hdg.de/lemo/kapitel/geteiltes-deutschland-modernisierung/bundesrepublik-im-wandel/sozialliberale-reformen.html
61. https://www.willy-brandt-biografie.de/politik/innen-und-gesellschaftspolitik/
62. https://www.gesetze-im-internet.de/baf_g/BJNR014090971.html
63. https://www.hausarbeiten.de/document/134861
64. https://www.sueddeutsche.de/leben/willy-brandt-walter-scheel-spd-fdp-sozialliberal-ampel-reformregierung-ostpolitik-kanzler-sozial-liberale-koalition-1.5445300
65. https://www.kas.de/documents/252038/253252/Scholtyseck.pdf
66. https://www.grin.com/document/99263
67. https://www.sueddeutsche.de/politik/die-sozialliberale-koalition-brandt-und-schmidt-1.893013
68. https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Verdienste/Verdienste-Branche-Berufe/Tabellen/index-brutto-monatsverdienst-jahr-erbbau.html
69. http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47271/infrastruktur?p=all
70. https://www.gesetze-im-internet.de/treuhg/DDNR003000990.html
71. http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/eneuog/gesamt.pdf
72. https://www.gesetze-im-internet.de/postumwg/PostUmwG.pdf
73. https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2003-03-14-agenda2010-211202
74. https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbslosigkeit/Tabellen/arbeitslose-arbeitslosenquote.html
75. https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbslosigkeit/Tabellen/lrarb002.html
76. https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/2001-2016/Inhalte/Monatsbericht-Archiv-Downloads/2004/Monatsbericht_Jan_2004.pdf?__blob=publicationFile&v=1
77. https://www.deutsche-rentenversicherung.de/DRV/DE/Ueber-uns-und-Presse/Historie/historie_detailseite.html
78. https://www.deutsche-rentenversicherung.de/SharedDocs/Glossareintraege/DE/R/riester_rente.html
79. https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/2001-2016/Inhalte/Monatsbericht-Archiv-Downloads/2005/Monatsbericht_Maerz_2005.pdf?__blob=publicationFile&v=4
80. https://www.bundesbank.de/resource/blob/724600/509697d8d158432428a3bece51bc25ef/mL/2018-04-lohnwachstum-data.pdf
81. https://www.destatis.de/DE/Methoden/WISTA-Wirtschaft-und-Statistik/2010/02/fruehgeschichte-vgr_022010.pdf?__blob=publicationFile
82. https://www.gesetze-im-internet.de/bwfinsvermg/BJNR103010022.html
83. https://de.statista.com/infografik/26875/veraenderung-von-loehnen-und-verbraucherpreisen-in-deutschland/
84. https://www.lohn-info.de/statistik_reallohn.html
85. https://dserver.bundestag.de/btd/20/086/2008628.pdf
86. https://dip.bundestag.de/drucksache/zu-dem-gesetzentwurf-der-fraktionen-der-cdu-csu-spd-und-fdp/141925
87. https://www.experten.de/id/4948641/realloehne-2025-kaufkraft-vorkrisenniveau-destatis/
88. https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Bevoelkerung-Arbeit-Soziales/Soziales-Lebensbedingungen/Wohnkosten.html
89. https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Wohnen/Tabellen/eurostat-anteil-ueberbelastung-wohnkosten-mz-silc.html
90. https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/IW-Analysen/PDF/Bd._95_Infrastruktur.pdf
91. https://de.statista.com/themen/1239/telekommunikation-deutschland/
92. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/06/PD23_N041_31.html
93. https://www.deutsche-rentenversicherung.de/DRV/DE/Rente/Rentenreform
94. https://www.deutsche-rentenversicherung.de/SharedDocs/Downloads/DE/Fachliteratur_Kommentare_Gesetzestexte/summa_summarum/e_paper_und_broschueren/2005/2005_3.pdf?__blob=publicationFile&v=1
95. https://www.bundesbank.de/resource/blob/604916/99fd3ed63b32ced6086207bcb28f7206/mL/phf-studie-broschuere-data.pdf
96. https://www.bundesbank.de/resource/blob/605020/2a67e25beb0b5c6d8693f3dcfdcb3809/mL/2013-06-phf-studie-data.pdf
97. https://www.bundesbank.de/de/bundesbank/forschung/haushaltsstudie/ergebnisse/ergebnisse-der-studie-604886
98. https://www.destatis.de/DE/Methoden/WISTA-Wirtschaft-und-Statistik/2022/06/informationelle-infrastruktur-deutschland-062022.html?templateQueryString=Mikrozensus+2015+Mikrozensus+2015+Mikrozensus+2015+Mikrozensus+2015

99. https://de.statista.com/themen/786/verkehrsinfrastruktur/
100. https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/infrastruktur-2025/559802/von-schuldenregeln-und-schuldenbremsen/